

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Dritter Vizepräsident Alexander Hold

Abg. Martin Bachhuber

Abg. Prof. Dr. Ingo Hahn

Abg. Christian Hierneis

Abg. Gerald Pittner

Abg. Florian von Brunn

Abg. Christoph Skutella

Abg. Eric Beißwenger

Abg. Patrick Friedl

Abg. Rosi Steinberger

Staatsminister Thorsten Glauber

Präsidentin Ilse Aigner

Abg. Paul Knoblach

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Ich rufe **Tagesordnungspunkt 14** auf:

Haushaltsplan 2019/2020

Einzelplan 12

für den Geschäftsbereich des Bayerischen Staatsministeriums für Umwelt und Verbraucherschutz

hierzu:

Änderungsanträge von Abgeordneten der CSU-Fraktion (Drsn. 18/958 mit 18/961),

Interfraktionelle Änderungsanträge von Abgeordneten der CSU-Fraktion und der Fraktion FREIE WÄHLER (Drsn. 18/965, 18/1037),

Änderungsanträge von Abgeordneten der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN (Drsn. 18/797 mit 18/801, 18/803 mit 18/815),

Änderungsanträge von Abgeordneten der Fraktion FREIE WÄHLER (Drsn. 18/962 mit 18/964, 18/1034 mit 18/1036),

Änderungsanträge von Abgeordneten der AfD-Fraktion (Drsn. 18/712 mit 18/717, 18/860 mit 18/863),

Änderungsanträge von Abgeordneten der SPD-Fraktion (Drsn. 18/642 mit 18/653),

Änderungsanträge von Abgeordneten der FDP-Fraktion (Drsn. 18/916, 18/917)

Die Gesamtredezeit zu diesem Einzelplan beträgt eine Stunde und 31 Minuten. Es gelten die bekannten Redezeiten. Davon entfallen auf die CSU-Fraktion 20 Minuten, auf die Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN 12 Minuten, auf die Fraktion der FREIEN WÄHLER 11 Minuten, auf die Fraktionen der AfD und der SPD jeweils 10 Minuten, auf die FDP-Fraktion 8 Minuten, auf die Staatsregierung 20 Minuten und auf die fraktionslosen Abgeordneten 4 Minuten.

Bevor ich die Aussprache eröffne, gebe ich Ihnen bekannt, dass die AfD-Fraktion zu drei Änderungsanträgen Einzelabstimmung in einfacher Form beantragt hat.

Ich eröffne die Aussprache. Der erste Redner ist Herr Abgeordneter Martin Bachhuber von der CSU-Fraktion. – Herr Abgeordneter Bachhuber, Sie haben das Wort.

Martin Bachhuber (CSU): Sehr geehrter Herr Präsident, Herr Staatsminister, werte Kolleginnen und Kollegen! Wir erleben in diesem Augenblick gerade ein großes gesellschaftliches Bewusstsein für den Umwelt- und den Artenschutz. Dies führt uns deutlich vor Augen, wie wichtig den Menschen der Erhalt der Natur und der Schöpfung ist. Für uns bedeutet das nicht nur einen Auftrag, sondern auch eine Verpflichtung, die Sorgen der Menschen ernst zu nehmen und dementsprechend zu handeln. Erst vor einer Woche hatten wir die Erste Lesung zum Artenschutzpaket. Dabei hat sich gezeigt, dass dieses Hohe Haus die Bedeutung dieses Themas erfasst hat und bereit ist, die erforderlichen Schritte zu unternehmen.

Ein Beleg dafür ist der Haushalt des Bayerischen Staatsministeriums für Umwelt und Verbraucherschutz. Herr Staatsminister, dieser Einzelplan ist ein starkes Signal und schafft die Möglichkeiten für einen ambitionierten Umwelt- und Verbraucherschutz mit seinen vielfältigen Themen.

Verehrte Kollegen, ich kann Ihnen heute den Hinweis auf das beachtliche finanzielle Engagement der Staatsregierung in diesem Bereich nicht ersparen. Der Finanzminister hat mit Gelassenheit allen Wünschen und Begehrligkeiten des Staatsministers für Umwelt und Verbraucherschutz mehr oder weniger klaglos zugestimmt.

Ich erwähne das, weil dieser Doppelhaushalt 2019/2020 eine Steigerung der Mittel von 133 Millionen Euro zum Inhalt hat. Damit wird beim Haushalt des Umweltministeriums die Milliardengrenze überschritten. Herr Staatsminister, meine Gratulation hierzu.

Ein paar Daten möchte und kann ich Ihnen nicht ersparen. So liegt die Investitionsquote im Haushalt für Umwelt und Verbraucherschutz bei 30 %. 35 % fließen in die Wasserwirtschaft, den Hochwasserschutz und die Sicherstellung der Trinkwassergewinnung. 30 % werden für Umwelt-, Arten- und Naturschutz ausgegeben und 15 % für den Verbraucherschutz. Die Belange des Umwelt- und Verbraucherschutzes sind damit wirklich großartig und nachhaltig berücksichtigt worden.

Die Regierungsfractionen von CSU und FREIEN WÄHLERN haben zudem Investitionsanträge gestellt, sodass weitere 10 Millionen Euro hinzukommen. Somit steht genügend Geld für eine ganze Reihe wichtiger und nachhaltiger Projekte zur Verfügung. In den Hochwasserschutz fließen 22 Millionen Euro und in das Niedrigwasser-Management 5,5 Millionen Euro. Für Leuchtturmprojekte wurden mit einem Volumen von 17,2 Millionen Euro noch einmal beträchtliche Mittel draufgelegt.

Der Bodenschutz spielt in Bayern schon immer eine zentrale Rolle. Bereits 1999 hatte Bayern als eines der ersten Bundesländer ein Bodenschutzprogramm vorgelegt und damit einen wichtigen Beitrag zu einer nachhaltigen Nutzung und zu einem umfassenden Bodenschutz geleistet. Boden, der in geologischen Zeiträumen entstanden ist, kann in wenigen Augenblicken zerstört und verunreinigt werden. Wir setzen beträchtliche Mittel ein, um den Boden als Lebensgrundlage für zukünftige Generationen zu schützen. Der Bodenschutz betrifft eine Vielzahl von Fachbereichen und ist daher als Querschnitts- und Koordinationsaufgabe zu sehen, die vernetztes Denken mit anderen Umweltaspekten erfordert. Zudem stellt der Bodenschutz einen wichtigen Baustein dar, um die Ziele der CO₂-Bindung zu erreichen.

Besonders wichtig ist uns natürlich auch die Mittelerhöhung für den Vertragsnaturschutz. Bis 2030 sollen die Flächen dafür verdoppelt werden. Wir investieren dafür weitere 11,5 Millionen Euro. Der Vertragsnaturschutz honoriert freiwillige Leistungen von Landwirten bei der Bewirtschaftung von Flächen, beispielsweise die späte Mahd von Wiesen zum Schutz von bodenbrütenden Vogelarten oder die Schafbeweidung zum Erhalt von Magerrasen. 2018 wurden in Bayern naturnahe landwirtschaftliche Maßnahmen im Rahmen der Vertragsnaturschutzprogramme mit insgesamt 44 Millionen Euro unterstützt. Zusammen mit den Landschaftspflege- und Naturparkrichtlinien werden mit dem Vertragsnaturschutz wichtige Akzente für die Umsetzung des europäischen Schutzgebietes Natura 2000 gesetzt. Die Förderung der Naturparks wird um 9,5 Millionen Euro erhöht, der Moorschutz, immens wichtig für die CO₂-Bindung, um 6 Millionen Euro. Die Landesagentur für Energie und Umweltschutz wird mit 4 Millio-

nen Euro neu gegründet. Dort werden Projekte entwickelt und gesteuert, um zu einer Verhaltensänderung auf breiter Basis zu gelangen. Projekte zum Naturschutz und zur Wolfsprävention werden mit 3 Millionen bzw. mit 2,7 Millionen Euro gefördert.

Herr Minister, da gibt es bei uns im Voralpenland schon Kommentare, für den Wolf gäbe es eine billigere Lösung; aber das brauchen wir heute nicht zu diskutieren.

(Heiterkeit bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Weil der Naturtourismus in Bayern gewaltig auf dem Vormarsch ist, sind zum Erhalt eines intakten Wandernetzes insgesamt zusätzlich 200.000 Euro vorgesehen. Aktive und authentische Naturerlebnisangebote leisten einen wertvollen Beitrag für einen umwelt- und klimaverträglichen Tourismus in Bayern. Dafür ist auch ein intaktes Wandernetz wichtig; denn Wanderwege führen die Menschen hinaus in die Natur. Wenn man die Natur mit allen Sinnen spüren kann, lernt man sie zu schätzen. Was man schätzt, damit geht man rücksichtsvoll um und das schützt man auch. Hier haben die vielen Umweltstationen, die wir tatkräftig unterstützen, natürlich eine ganz besondere Bedeutung.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Aber auch die Förderung des Neubaus der Reptilienauffangstation mit 2 Millionen Euro und die Tierheimförderung mit 1 Million Euro sind schon erwähnenswert. Weil der Tierschutz eine Gemeinschaftsaufgabe ist, bedeutet die staatliche Förderung ein Signal an die vielen Menschen, die, teilweise mit erheblichem ehrenamtlichen Einsatz, in den Tierheimen arbeiten. Mit der Förderung können die Tierheime langfristig planen und wichtige Sanierungs- und Renovierungsmaßnahmen anpacken. Wir heben den Tierschutz mit der staatlichen Unterstützung auf ein neues Niveau und unterstützen damit auch das wirklich großartige Bürgerengagement vor Ort.

Hohes Haus, ein weiteres wichtiges Thema dieses Ministeriums: Die zunehmende Digitalisierung durchdringt alle Lebensbereiche und stellt den Verbraucherschutz inhalt-

lich und strategisch ständig vor neue Herausforderungen. Dies muss öffentlich thematisiert werden, um den Bürgern die Risiken der Digitalisierung aufzuzeigen. Daher wird eine Themenplattform für Verbraucherbelange geschaffen. Der Verbraucherschutz und die Verbraucherinformation werden 2019 um 200.000 Euro und 2020 um weitere 600.000 Euro aufgestockt. Auf Initiative der CSU-Fraktion werden 2019 noch einmal 250.000 Euro oben draufgelegt.

(Florian von Brunn (SPD): Wahnsinn!)

Ziel ist es, den Verbraucherschutz zeitgemäß und bürgernah auf drängende Fragen und Probleme auszurichten, die Angebote auf die Erfordernisse hin zu optimieren sowie Synergien der Akteure im Verbraucherschutz zu nutzen.

Auch die Gewerbeaufsicht fällt in den Zuständigkeitsbereich des Umweltministeriums. Hier werden die Mittel im Jahr 2019 im Vergleich zu 2018 um 1 Million Euro und im Jahr 2020 um weitere 500.000 Euro erhöht.

Zudem wird die Stellensituation deutlich verbessert. Im Umwelt- und Verbraucherschutzministerium gibt es 6 neue Stellen in der staatlichen Veterinärverwaltung. Weitere Einstellungsmöglichkeiten bestehen bei der Akademie für Naturschutz und Landschaftspflege. Bei den unteren Naturschutzbehörden sind bereits 8 weitere Stellen genehmigt. Im Gesamtpaket sind 70 Stellen für die Gebiete Verbraucherschutz, Veterinärwesen, untere Naturschutzbehörden und Umweltingenieure ausgehandelt worden. In den nächsten vier Jahren werden weitere 280 Stellen für die Landkreise dazukommen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, Sie sehen: Bayern stellt sich den aktuellen umwelt- und naturschutzpolitischen Herausforderungen und hat wirklich schon sehr, sehr viel erreicht. Neidvoll wird von vielen Bundesländern nach Bayern geblickt.

Herr Glauber, Sie haben mit diesem Rekordhaushalt ein verantwortungsvolles, in die Zukunft gerichtetes Zahlenwerk vorgelegt. Sie haben ein nachhaltiges Zahlenwerk

vorgelegt und die Weichen für einen zeitgerechten Umwelt-, Natur- und Verbraucherschutz in Bayern gestellt. Ich wünsche Ihnen, Ihrem Haus, allen Ihren Mitarbeitern recht viel Erfolg bei der Umsetzung und bitte um die Zustimmung zu diesem Einzelplan.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Herr Abgeordneter, bleiben Sie bitte für eine Zwischenbemerkung des Abgeordneten Prof. Dr. Hahn am Rednerpult.

(Florian von Brunn (SPD): Der Wetter-Hahn!)

Herr Dr. Hahn, Sie haben das Wort.

Prof. Dr. Ingo Hahn (AfD): Zum Bodenschutz: Sie haben gesagt, die Böden würden in geologischen Zeiträumen entstehen.

Martin Bachhuber (CSU): – In langen geologischen Zeiträumen.

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Herr Bachhuber, bitte lassen Sie zunächst den Abgeordneten seine Zwischenbemerkung vorbringen.

(Florian von Brunn (SPD): Auch wenn es schwerfällt!)

Dann haben Sie Zeit.

Prof. Dr. Ingo Hahn (AfD): Es ist auch nicht böse gemeint. Ich möchte das nur richtig darstellen, weil ich Sie für einen kompetenten Mann halte. In diesem Zusammenhang muss man aber sagen: Ein Bodenhorizont ist etwas völlig anderes als eine geologische Schicht. Sie entsteht auch in völlig anderen Zeiträumen. Das ist also der Unterschied zwischen der Bodenkunde, der Pedologie, und der Geologie. Das vielleicht nur als kleine Ergänzung.

(Florian von Brunn (SPD): Dafür vielen Dank, Herr Kollege! Das war notwendig!)

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Herr Abgeordneter Bachhuber, Sie haben das Wort.

Martin Bachhuber (CSU): Ich bedanke mich für den Hinweis, aber aufgrund der Zeitknappheit habe ich es einfach verkürzt. Ich glaube, das ist in der bayerischen Sprache auch erlaubt.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Danke schön, Herr Abgeordneter Bachhuber. – Als Nächstem erteile ich dem Abgeordneten Christian Hierneis für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN das Wort.

Christian Hierneis (GRÜNE): Herr Präsident, werte Kolleginnen und Kollegen, Herr Bachhuber, schön haben Sie geredet, aber weder Ihre Euphorie noch Ihre Zahlen haben uns in irgendeiner Form vom Hocker gehauen. Die Durchsicht des Einzelplans 12 zeigt uns nämlich eines: Die nach außen propagierte Hochgeschwindigkeitsökologisierung der Staatsregierung ist noch lange nicht so weit, wie es den Anschein erwecken soll.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Im Haushaltsplan ist sie jedenfalls noch nicht angekommen. Es ist nicht die Intention der Staatsregierung, signifikant mehr Geld für Natur und Umwelt bereitzustellen. Von der gesamten Erhöhung des Haushalts im Jahr 2019 entfallen auf das Kapitel Umwelt gerade einmal 0,9 %. Das ist so gut wie nichts.

Das könnte jetzt damit begründet werden, dass der Haushalt schon vor ein paar Monaten, also bevor sich die Staatsregierung hochgeschwindigkeitsökologisiert hat, aufgestellt wurde. Wir wollten Ihnen deshalb helfen und haben einige Anträge zum Haushalt gestellt, durch die der Umwelt- und Naturschutz gestärkt werden sollte. Diese Anträge wurden von Ihnen aber wie immer abgelehnt, und das Interesse an diesem Thema sieht man hier gerade.

Lassen Sie mich ein Beispiel nennen, nämlich unseren Antrag, das vorhandene Budget für die Durchführung des Freiwilligen Ökologischen Jahres in Bayern um gerade mal 200.000 Euro aufzustocken. Auf den ersten Blick ist das ein völlig unspektakulärer Antrag. Aber weit gefehlt! Wie wir wissen, interessieren sich junge Menschen heute sehr für ihre Zukunft; sie haben verstanden, dass ohne den Erhalt unserer Lebensgrundlagen alle anderen Probleme unwichtig werden. Deshalb wollen wir sie in ihrem Wissen um Umwelt- und Naturschutz, in ihrem gesellschaftlichen Engagement und in ihrem Demokratiebewusstsein stärken, denn darum geht es beim FÖJ. Wie wichtig alleine das Demokratiebewusstsein ist, brauche ich Ihnen sicherlich nicht zu erklären.

Es gibt gerade einmal 180 FÖJ-Einsatzstellen in Bayern, und ich weiß, mit welcher Leidenschaft die jungen Leute dort aktiv sind; sie betreiben freiwillig aktiven Naturschutz, den wir dringender denn je brauchen. Die Nachfrage nach FÖJ-Stellen durch junge Menschen übersteigt aber bei Weitem das Angebot. Das liegt ausschließlich am mangelnden Geld, das die Einsatzstellen einfach nicht haben, um mehr Stellen zur Verfügung zu stellen. Aber für Umweltbildung, aktiven Naturschutz und gesellschaftliches Engagement sind Ihnen schon 200.000 Euro zu viel.

(Unruhe bei der SPD)

– Es hört übrigens hier vorne kein einziger zu. Es ist echt irre. – Die Ablehnung auch dieses Antrags zeigt also, wie es um Ihr neues Umweltbewusstsein bestellt ist.

Es fehlt noch viel mehr im Einzelplan 12, vor allem sehr viel, was gut für den Artenschutz wäre. Ein Beispiel: Was für den Schutz der Wiesenbrüter im Haushaltsplan steht, ist für deren effektiven Schutz viel zu wenig. Das ist eher eine verzögerte Sterbehilfe für die Wiesenbrüter.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Aber Sie lehnen auch im Umweltausschuss alle Anträge zum Schutz der Wiesenbrüter ab. Artenschutz ist für Sie immer noch ein Fremdwort.

Der Herr Ministerpräsident hat heute gesagt: Bayern wächst und wächst. – Auch der Haushaltsplan wächst. Was aber nicht wächst, sind die Artenvielfalt, die Naturflächen und die Finanzmittel im Einzelplan 12. Wenn Sie es mit dem Natur- und Umweltschutz, mit dem Erhalt der Schöpfung – auch davon hat Herr Bachhuber gerade gesprochen –, also mit dem Erhalt unserer Lebensgrundlagen und mit der Zukunft der nächsten Generationen und damit auch der Zukunft Ihrer Kinder wirklich ernst meinen, sollten Sie das im Haushaltsplan zeigen. Was Sie hier machen, nennt man Greenwashing – so tun als ob, aber nichts dahinter.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Danke schön, Herr Abgeordneter Hierneis. – Als Nächstem erteile ich dem Abgeordneten Georg Pittner für die Fraktion FREIE WÄHLER das Wort.

Gerald Pittner (FREIE WÄHLER): Sehr verehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Der Haushalt für das Staatsministerium für Umwelt und Verbraucherschutz enthält Ausgaben für wesentliche Aufgaben und Projekte, die die schwarz-orangefarbene Regierung hier in den nächsten Jahren durchführen will. Er enthält – –

(Zuruf: Aber zu wenig!)

– Lasst mich ruhig ausreden. Ihr könnt auch dazwischenquatschen, das ist mir egal. Ich rede einfach weiter.

Er enthält Themen, die die Öffentlichkeit stark interessieren. Der Vorredner hat es angesprochen, nämlich zum Beispiel das Volksbegehren Bienen, zum Beispiel den Artenschutz, Umwelt- und Klimaschutz, Fridays for Future – Themen, die die Öffentlichkeit stark interessieren und die wir auch angehen wollen und werden.

Der Haushalt enthält auch die notwendigen Mittel, die benötigt werden, um hier etwas zu bewegen, und zwar in sachlicher und finanzieller Hinsicht und auch aus sinnvoller Sicht. Es genügt nicht, wenn man einfach Geld in unbegrenzter Menge oder in irgend-

welchen gewünschten Höhen einstellt, wenn man nicht weiß, was man damit machen will. Man muss erst einmal Pläne entwickeln. Man muss sich überlegen: Was will ich damit erreichen? Wie kann ich das sinnvoll ausgeben? – Wir haben jetzt Mai, und das Jahr ist schon zu fünf Zwölfteln vorbei. Wenn ich jetzt Anträge in irgendwelchen wahnwitzigen Höhen stelle, habe ich zwar das Geld im Haushalt gebunden, aber nichts erreicht.

Natürlich wäre es in einzelnen Bereichen wünschenswert gewesen, wenn mehr Geld und mehr Personal da wäre. Die Koalition hat die Prioritäten aber zumindest hier in diesem Haushalt anders gesetzt. Das ist unser gutes Recht, und wir werden schauen, was wir daraus machen.

Es ist auch so, und das muss man auch ganz klar sagen, dass dieser Einzelhaushalt natürlich derzeit aufgrund des Volksbegehrens eine Momentaufnahme darstellt. Durch das Begleitgesetz, Versöhnungsgesetz genannt, und durch das Klimaschutzgesetz, das derzeit im Umweltministerium in Arbeit ist, werden in den Folgehaushalten und Nachtragshaushalten sicherlich noch Sachen hineinkommen müssen, die wir aber heute hier nicht zur Debatte haben.

Man muss auch ganz klar sagen: Wenn die GRÜNEN und die SPD gewollt hätten, dass sich etwas bewegt – ich fange wieder von vorne an –, hätten sie der Aufnahme des Klimaschutzes in die Verfassung zugestimmt.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN – Zurufe der Abgeordneten Eva Lettenbauer (GRÜNE) und Florian von Brunn (SPD))

Unabhängig von irgendwelchen Begleitgesetzen und von irgendwelchen Klimaschutzgesetzen ist der Klimaschutz in der Verfassung ein eigener Wert, weil jede Behörde, jede Verwaltung und jedes Gericht über die unbestimmten Rechtsbegriffe daran gebunden wäre und diese Zielsetzung anwenden würde.

(Zurufe der Abgeordneten Florian von Brunn (SPD) und Ludwig Hartmann (GRÜNE))

Wenn man das nicht will, muss man hinterher auch sagen: Okay, ich habe es nicht gewollt, mir war die politische Schau wichtiger als der Schutz der Lebensgrundlagen unserer Bevölkerung.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

So einfach ist das, und das muss man hier auch einmal sagen.

(Florian von Brunn (SPD): Genau das ist die Beschreibung Ihres Handelns!)

Wir überlegen uns vorher, was wir machen; wir wollen nämlich etwas Sinnvolles machen. Wir brauchen ein sinnvolles Gesamtkonzept. Wir brauchen zum Beispiel auch eine vernünftig arbeitende Wirtschaft und vernünftige Steuereinnahmen, weil wir sonst in sachlicher und personeller Hinsicht gar nicht das bezahlen könnten, was im Haushalt des Umweltministers steht. Wir wollen keine Gebots- und Verbotspolitik. Wir wollen die Menschen mitnehmen. Deswegen ist auch für Vertragsumweltschutz jede Menge enthalten. Vertragsnaturschutzprogramm: Hier gibt es eine Steigerung von 11 Millionen Euro.

Wir wollen die Menschen mitnehmen, sie müssen es nämlich verstehen, und sie müssen es akzeptieren. Nur dann bringt das auf Dauer etwas; wenn wir das nicht machen, verpufft das Geld, aber die Verbote und Gebote ebenso.

(Zuruf des Abgeordneten Florian von Brunn (SPD))

Genau das ist das Ziel dieses Haushalts. Wir fangen Leitkonzepte an und werden hier in Richtung Umwelt- und Klimaschutz sicherlich bis zum Ende der Legislaturperiode zu einem guten Ergebnis kommen. Bayern hatte mit dem Umweltministerium angefangen. Jetzt überschreitet der Haushalt zum ersten Mal eine Milliarde Euro, okay. Man kann sich sicherlich mehr wünschen, aber wir werden einen sinnvollen Weg gehen.

Die Koalition hat mit ihren Investitionsanträgen in vielen Bereichen noch einmal dafür gesorgt, dass Geld für Landschaftspflegeprogramme, für Naturparks, für Naturschutzfonds und für Projekte zum Artenschutz zur Verfügung steht. Für die Streuobstwiesen sind zum Beispiel noch einmal jede Menge Gelder zusätzlich durch die beiden Regierungsfractionen eingestellt worden, um hier etwas zu erreichen.

Nehmen wir letztlich das Volksbegehren Bienenschutz. Es sollte zulasten einer Berufsgruppe gehen. Wenn man das so macht, kommt man auf Dauer nicht weiter, weil man diese Berufsgruppe verschreckt und die dann abblockt. Es soll aber ein sinnvolles Ergebnis werden,

(Zuruf von der CSU: Genau!)

und da frage ich mich, wie der Vorredner zu den Ergebnissen kommen wollte, die er dargestellt hat. Ich sehe das nicht.

Ich will jetzt nicht all die Projekte wiederholen, die der Kollege Bachhuber hier genannt hat. Aus meiner Sicht sind es jede Menge Leuchtturmprojekte, mit denen wir auf Dauer etwas anfangen können, das Schiff umsteuern, in die richtige Richtung lenken. Es sind auch Sachen dabei, die wir gerne verbessert hätten – das ist auch klar. Im Bereich Umweltbildung wäre es schön gewesen, wenn wir die eine oder andere Maßnahme hätten einsetzen können, weil es gerade in diesem Bereich auch wichtig ist.

Wenn ich sage, wir wollen Transparenz und Akzeptanz herstellen, brauchen wir natürlich auch die entsprechenden Bildungseinrichtungen, die sowohl im Bereich der Jugendlichen und Kinder als auch der Erwachsenen dafür sorgen, dass unser Ziel verstanden und dann von der Bevölkerung umgesetzt wird. Aber gut, Sie wissen vielleicht selbst aus anderen Bundesländern, in denen Sie an der Regierung sind, dass nicht alles was wünschbar und machbar ist, auch möglich ist. Man muss sich nach der Decke strecken, und in diesem Haushalt war es halt nicht möglich.

(Zuruf des Abgeordneten Florian von Brunn (SPD))

– Das Notwendige haben wir getan, Herr Kollege, ich habe es Ihnen gerade erklärt.

(Zuruf)

– Na ja, mehr. Das lassen wir einmal offen. Wir haben das Notwendige getan, weil mehr wäre eine Verschwendung von Steuergeldern, und das wollen wir auch nicht.

(Heiterkeit bei den FREIEN WÄHLERN)

Das machen wir sicherlich nicht.

Insgesamt halte ich diesen Haushaltsansatz des Umweltministers für sehr sinnvoll und zielführend. Auch wenn die Steigerungsraten nicht so hoch sind wie vorhin im Sozialhaushalt, sind signifikante Steigerungsraten vorhanden, nämlich um 130 Millionen Euro. Dieser Ansatz ist richtig, und auf diesem Weg werden wir weitergehen und dann auch zu sinnvollen Ergebnissen kommen. Ich beantrage deshalb, dem Haushalt zuzustimmen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN, der CSU und der FDP)

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Danke schön, Herr Abgeordneter Pittner. – Als Nächstem erteile ich dem Abgeordneten Prof. Dr. Ingo Hahn für die AfD-Fraktion das Wort.

Prof. Dr. Ingo Hahn (AfD): Herr Vizepräsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Umweltpolitik der Staatsregierung, speziell die Naturschutz- und Artenschutzpolitik, ist ein Armutszeugnis. Der vorliegende Einzelplan ist ihr Offenbarungseid. In der Vergangenheit wurden bei den Bürgern hohe Erwartungen an einen Nationalpark geweckt – Sie erinnern sich –, nur um dann mit einer Mikadopolitik das Ganze wieder auf die lange Bank zu schieben. Das war ganz schlechter Regierungsstil. So darf man mit den Bürgern nicht umgehen.

(Beifall bei der AfD)

Jetzt soll die Posse möglichst schnell, leise und gesichtswahrend aus der Welt geschafft werden. Dafür sollen die Befürworter eines Nationalparks mit zwei teuren Besucherzentren beschwichtigt werden. Wir haben unsere Zweifel an der Notwendigkeit und dem Mehrwert sowohl für den Tourismus als auch für den Naturschutz. Wir haben in Bayern die meisten Museen. So steht jedes fünfte Naturkundemuseum hier in Bayern. Auch in der Nähe der Rhön – dazu gibt es einen Antrag – gibt es zahlreiche Informationszentren, zum Beispiel in Wildflecken, Fladungen und Oberelsbach. Wir müssen keine Vorreiter in Umweltbildung werden; denn wir sind es schon.

Naturliebhaber wollen die bayerische Landschaft erleben und reisen nicht nach Bayern, um in ein Besucherzentrum zu gehen und es sich anzuschauen. Das Besucherzentrum ist für den Besucher nebensächlich, er will die Natur sehen. Um das Besucherzentrum in Unterfranken attraktiv genug zu machen, wird es die Steuerzahler sehr viel Geld kosten. Es ist sehr kostspielig. Das Naturerlebniszentrum Rhön in Bad Kissingen soll 8 Millionen Euro kosten, und das Biodiversitätszentrum in Bischofsheim 15 Millionen Euro. Mit dieser Summe – stellen Sie sich das einmal vor – könnten Sie 57 Umweltstationen des Landes, die bekanntlich auch Umweltbildungseinrichtungen sind, über 10 Jahre lang fördern. Der Kompromiss ist also für die meisten Befürworter eines Nationalparks immer noch zu wenig und für den Steuerzahler schon zu teuer. Naturschutz und Artenschutz sind eben Zwillinge, die zusammengehören.

So erkennen wir auch im Artenschutz der Staatsregierung ein Defizit, das nicht erst seit dem Volksbegehren besteht. Als Geograf und Landschaftsökologe kann ich Ihnen sagen, dass die Gefahren durch invasive Arten für die heimische Natur noch immer unterschätzt werden. Diese Arten breiten sich in der Regel schnell und unkontrolliert aus, und zwar dort am schnellsten, wo der Mensch die unsichtbare Hand der Natur einfach walten lässt. So führt das Verdrängen einheimischer Pflanzenarten durch Neophyten zu einem Verlust an heimischen Wirtspflanzen für angepasste Insektenarten, zum Beispiel für viele Schmetterlinge. Untätigkeit löst eine ökologische Kaskadenreaktion zur Verarmung der Artenvielfalt aus. Es besteht die Gefahr, dass in Zukunft weni-

ge attraktive Monokulturen das gesamte Landschaftsbild dominieren, wie bei der Vermassung durch die sogenannte Energiewende schon allenthalben zu erkennen.

Ganz konkret bedrohen Neophyten immer wieder die Ökosysteme in der Rhön. Japan- und Sachalin-Knöterich, Orientalisches Zackenschötchen, Kanadische Goldrute, Drüsiges Springkraut – die Liste der Neophyten ist lang. Zwar wird die Bekämpfung der Neobiota mit Mitteln aus dem Europäischen Fonds für regionale Entwicklung finanziert, doch die aktuelle Förderperiode endet nächstes Jahr. Wenn wir von einem sinkenden EU-Haushalt ausgehen, gewinnt die Programmförderung auf Landesebene immer mehr an Bedeutung.

Auch heimische Raubtiere wie der Rotfuchs können kritische Auswirkungen auf die Artenvielfalt haben. Es hilft nichts, wenn ein umfangreiches Artenschutzprogramm für Wiesenbrüter aufgelegt wird – das wurde von Ihnen, Herr Hierneis, angesprochen –, aber der natürliche Räuber nicht berücksichtigt wird. Bayern ist nämlich eine großflächige Kulturlandschaft. So sind auch seltene Tierarten auf die Agrarlandschaft, etwa auf Mähwiesen, angewiesen. Wer zum Beispiel mit dem Flugzeug aus Kalifornien kommend in München landet, wie Frau Schulze von den GRÜNEN, die leider abwesend ist – ich weiß nicht, wo sie ist; vielleicht ist sie in Kalifornien –, der kann aus dem Fenster dieses Flugzeugs das größte Brutgebiet des Großen Brachvogels bestaunen, wenn er nicht gerade auf das Handy schaut. Dieser Wiesenbrüter, der Große Brachvogel, ist in Deutschland vom Aussterben bedroht. Durch den Flughafenzaun sind diese Brachvögel vor Prädatoren geschützt. Erkennen Sie einen Zusammenhang? Meine Damen und Herren, Grenzen setzen – das schützt Leben.

(Beifall bei der AfD)

Herr Herrmann nickt. Ich hoffe, auch er hat die Transferleistung erbracht. Aber wir sprechen hier nur über Umwelt. Vor genau einer Woche hat ein Foto für Aufregung gesorgt.

(Staatsminister Joachim Herrmann: Ich überlege dauernd, wie man Ihnen Grenzen setzen kann! – Beifall bei der CSU, den FREIEN WÄHLERN und der SPD)

– Das ist sehr schwierig. Da muss ich Sie enttäuschen. – Dieses Foto von einem Wolf wurde im Landkreis Bad Kissingen gemacht. Ob es sich dabei um dasselbe Tier wie aus dem benachbarten Rhön-Grabfeld handelt, lässt sich derzeit nicht feststellen, doch es gibt genügend Rhönschafe in dieser Region. Die Staatsregierung darf sich nicht der Illusion hingeben, hungrige Wölfe ließen sich dauerhaft mit Zäunen und Hütehunden von Weidetieren abhalten. Eine bedingungslose Wiederansiedlung unter der Berufung auf die Zielsetzung der EU-Richtlinien ist nämlich ein Irrweg. Der Wolf ist eine Tierart, die schlecht in unsere gewachsene Landschaft passt. Daher muss ihm mit aktivem Wolfsmanagement begegnet werden. Dazu gehört auch die letale Bestandsregulierung nach skandinavischem Vorbild.

(Zuruf von den GRÜNEN: Was, skandinavisch?)

– Ja, da staunen Sie. Das ist ein Landstrich im Norden von Europa. Vielleicht haben Sie davon schon einmal gehört.

Am Wolf zeigt sich auch eine gewisse Absurdität des Aussterberisikos. Ohne Eingriffe dürfen wir von einem weiteren Wachstum der Wolfspopulation ausgehen. Dennoch steht der Wolf in Deutschland auf der Roten Liste der vom Aussterben bedrohten Tierarten, obwohl er globusumspannend, von Europa über Asien bis nach Amerika, vorkommt. Auf diese Weise wird ein Artensterben leicht konstruiert; denn ein Artensterben ist immer multikausal.

Doch steht es bei den GRÜNEN hoch im Kurs, die Landwirte für alles verantwortlich zu machen. Wir dürfen gespannt sein, wie weit die Staatsregierung bei dieser Schuldzuweisung mitmachen wird. Aus purer Verzweiflung wegen schwerer Nutzungseinschränkungen durch die Schutzausweisung haben Besitzer von Streuobstwiesen – das wurde eben angesprochen – jetzt die ersten Bäume gefällt. Der Skandal ist nicht der Akt des Fällens, sondern die faktische Enteignung der Landwirte. Das ist heute in

der Presse erschienen. Sie erreichen mit der Umsetzung dieses Volksbegehrens genau das Gegenteil von dem, was Sie erreichen wollen. Die Bäume auf den Streuobstwiesen werden schon gefällt.

(Beifall bei der AfD – Zuruf des Abgeordneten Florian von Brunn (SPD))

– Dafür können Sie die AfD nicht verantwortlich machen. Wir waren zu dem Runden Tisch nicht eingeladen.

Die Umweltpolitik der GRÜNEN lässt sich in wenigen Worten zusammenfassen. Von der SPD braucht man gar nicht zu sprechen; deren Politik ist meistens nur eine Kopie. Die Umweltpolitik der GRÜNEN ist meistens – Kompliment! – gut gemeint, aber leider schlecht umgesetzt.

Seit der NABU-Studie im Jahr 2004 ist es klar, dass Windkraftanlagen eine verheerende Auswirkung auf die biologische Vielfalt haben.

(Zuruf des Abgeordneten Florian von Brunn (SPD))

– Herr von Brunn, wissen Sie, wie viele Fledermausarten es in Deutschland gibt? Ich weiß es. Es sind 25.

(Zuruf des Abgeordneten Florian von Brunn (SPD))

– Dann hätten Sie wenigstens die 25 Arten gekannt. – Aber es ist leider nicht so lustig, weil diese Fledermäuse und Vögel zunehmend durch die Windkraftanlagen bedroht werden. Neue Forschungen zeigen, dass 200.000 Vögel und Fledermäuse jedes Jahr in Deutschland von diesen Anlagen erschlagen werden.

(Beifall bei der AfD)

Das ist dramatisch. Ich finde auch das Sterben bei den Insekten dramatisch. Das ist ein aktuelles Thema. 1.200 Milliarden Fluginsekten werden durch diese Windkraftanlagen vernichtet.

(Zuruf des Abgeordneten Florian von Brunn (SPD))

Ich komme zum Ende. Liebe Staatsregierung, springen Sie nicht über jedes Stöckchen, das Ihnen die GRÜNEN in Zukunft hinhalten. Wir werden als Opposition die Staatsregierung weiterhin kritisch beobachten – im Interesse unseres schönen Bayern.

(Beifall bei der AfD – Zuruf von der AfD: Jawohl!)

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Danke schön, Herr Abgeordneter Prof. Dr. Hahn. – Als Nächstem erteile ich dem Abgeordneten Florian von Brunn für die SPD-Fraktion das Wort.

Florian von Brunn (SPD): Sehr geehrter Herr Präsident, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Wir sprechen über den Etat des Ministeriums für Umwelt und Verbraucherschutz. Wir sprechen damit auch darüber, welche Schwerpunkte diese Staatsregierung, diese Regierungskoalition und Umweltminister Thorsten Glauber setzen, die Allzweckwaffe der FREIEN WÄHLER – so wird er gerne bezeichnet, wie er nach eigenen Worten im Interview mit der "Bayerischen Staatszeitung" zu Anfang seiner Amtszeit einmal gesagt hat. Wir sprechen über Schwerpunkte in der Umweltpolitik, im Naturschutz, im Klimaschutz und im Verbraucherschutz. Ich kann bei aller Mühe in Ihrem Etat keine wirklichen Schwerpunkte erkennen.

Herr Glauber, ich muss Sie fragen: Wo soll die Reise hingehen? Denn im Artenschutz haben Sie selbst schon mal keine Schwerpunkte gesetzt. Das sind die Schwerpunkte, die die Menschen gesetzt haben, die das Volksbegehren "Artenschutz" unterschrieben haben.

(Beifall bei der SPD)

Kommen Sie mir bitte auch nicht mit dem Artenschutzzentrum, das sich Herr Söder und Herr Huber noch als Wahlkampfgegner ausgedacht haben; denn mit der Einrichtung dieses Zentrums ist noch keine einzige Tier- und Pflanzenart gerettet.

Es ist schon ein Problem, wenn der Umweltminister dem Bayerischen Rundfunk im Februar sagt, man müsse über das Volksbegehren hinausgehen, aber vor Kurzem bei den Bauernprotesten verkündet, er sei schon immer gegen das Volksbegehren gewesen, und jetzt sogar die Biotop-Kartierung in Bayern einfach stoppt.

Herr Glauber, was denn nun? Wo geht die Reise hin? Im Haushalt haben Sie für den Natur- und Artenschutz mehr Geld bereitgestellt. Aber wir bezweifeln, ob das reicht, die Artenschutzziele des Volksbegehrens und des Versöhnungsgesetzes zu erreichen. Reicht es insbesondere dafür, dass sich echter Natur- und Artenschutz für die Bauern lohnt? Sind das für die Landwirtinnen und Landwirte genug Anreize, um in den Artenschutz viel Arbeit, Mühe und Zeit zu investieren? Wir werden Ihnen jedenfalls auf die Finger schauen, ob die Forderungen des Volksbegehrens von Ihnen wirklich ausreichend erfüllt werden.

Ein wichtiger Schritt wäre es auch, wenn Sie unserem Antrag für eine bessere Ausstattung der Landschaftspflege in Bayern und weiteren sinnvollen Anträgen anderer Oppositionsfraktionen zustimmen würden.

(Zuruf von der CSU)

Ein wichtiger Punkt ist für uns das Thema "dritter Nationalpark". Das sage ich ganz offen. Erst kürzlich haben uns Experten und Forscher im Umweltausschuss erklärt, dass wir ihn dringend brauchen, wenn wir das Artensterben bekämpfen wollen. Wer es mit dem Artenschutz ernst meint, der muss auch den Mut und die Weitsicht haben, dieses heiße Eisen in Bayern anzupacken.

(Beifall bei der SPD)

Genau das, verehrte Kolleginnen und Kollegen von der Regierungskoalition, können Sie heute beweisen, indem Sie unserem Antrag für eine Machbarkeitsstudie für einen dritten Nationalpark zustimmen.

Herr Glauber, wie sieht es in Ihrem Haushalt mit dem Klimaschutz aus? Wo sind da die starken Akzente? Was wollen Sie da tun? Bisher haben wir von Ihnen zu diesem Thema herzlich wenig gehört, außer dass die 10-H-Regelung, also der Windkraftstopp, bleibt, dass Sie aber gleichzeitig gegen Gleichstromleitungen sind. Gut, dass der Strom aus der Steckdose kommt, zumindest solange die bayerischen Atomkraftwerke noch laufen.

In Ihrem Haushalt findet sich jedenfalls für den Klimaschutz und die Luftreinhaltung, also für wirklich wichtige Themen, nur eine Minierhöhung des Ansatzes. Das ist angesichts der Dimension des Problems viel zu wenig.

(Beifall bei der SPD)

Im Verbraucherschutz sind Sie mit großen Versprechungen angetreten. Sie wollten es besser machen als Ihre Vorgänger Herr Huber und Frau Scharf und haben eine ganz neue Transparenz versprochen. Aber da müssen Sie vielleicht einmal bei Michail Gorbatschow nachlesen, was Glasnost und Perestroika sind, also Transparenz und Umbau; denn bisher sieht es gar nicht so aus, als wollten Sie in Bayern den Vorhang wirklich lüften und die verkrusteten Strukturen ändern. Egal, ob Malachitgrün in Fischen oder PFC im Wasser, bei Transparenz und wirklichem Durchgreifen ist bei Ihnen bisher Fehlanzeige.

Ich bin tatsächlich überrascht, denn in Ihrem Haushaltsentwurf sinken sogar die Ausgaben für den gesundheitlichen Verbraucherschutz. Ich frage mich schon: Hat die Regierungskoalition aus den Lebensmittelskandalen der vergangenen Jahre, aus "Bayern Ei" und "Sieber", irgendetwas gelernt? Die Probleme werden nicht kleiner, im Gegenteil; es gibt neue schwierige Themen, etwa dass der Lebensmittel-Onlinehandel explodiert. Es gibt zum Beispiel auch einen Boom mit fragwürdigen Nahrungsergänzungsmitteln. Gott sei Dank gibt es jetzt wieder eine Veröffentlichungspflicht bei Hygieneverstößen im Lebensmittelbereich. Auch das erfordert mehr Verbraucherschutz und vor allem mehr Personal im Verbraucherschutz.

Was ist die Antwort der Staatsregierung? – Sie senkt die Ausgaben für den gesundheitlichen Verbraucherschutz. Da macht es Frau Klöckner geschickter, die behauptet: Wenn sie die Anforderungen für die Lebensmittelkontrolle herunterschraube, steigere dies die Effizienz und die Sicherheit. Aber bei Ihnen fehlt mir jegliches Konzept im Verbraucherschutz. Die FREIEN WÄHLER haben zwar im Untersuchungsausschuss "Bayern Ei" mit viel Pohl'schem Getöse mitermittelt, wenn man das so nennen kann, ziehen aber aus diesen Erkenntnissen keinerlei Erkenntnisse, sobald sie in der Regierung sitzen. Um im Bayern-Ei-Bild zu bleiben: Sie haben viel gegackert, aber legen jetzt keine Eier.

(Beifall bei der SPD)

Für uns Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten hat der Verbraucherschutz eine zentrale Bedeutung. Wir stellen den Anspruch auf gesunde Lebensmittel, vor allem auf die Gesundheit und die körperliche Unversehrtheit der Menschen über die Profitinteressen der Lebensmittelindustrie und skrupelloser Geschäftemacher. Wir ziehen die fälligen und notwendigen Konsequenzen aus dem Bayern-Ei-Skandal. Wir wollen mit unserem Änderungsantrag deutlich mehr Personal für das Landesamt für Gesundheit und Lebensmittelsicherheit, um dort vor allem den Laborbereich zu stärken; denn es darf nicht mehr passieren, dass in diesem Amt wichtige Proben wochenlang nicht bearbeitet werden.

Wenn Sie von den FREIEN WÄHLERN sich nicht unglaubwürdig machen wollen, sollten Sie diesem Antrag und genauso unseren anderen Anträgen für mehr Lebensmittelkontrolleure zustimmen, die angesichts neuer Herausforderungen dringend gebraucht werden.

Wir bleiben aber dabei nicht stehen. Wir wollen auch die Verbraucherberatung und den rechtlichen Verbraucherschutz, also die Verbraucherzentrale und den Verbraucherservice in Bayern, weiter stärken. Wir brauchen einen starken Anwalt, der die Verbraucherinnen und Verbraucher gegen Konzernmacht und Profitinteressen vertritt. Wir

wollen die Verbraucherzentrale stärken, zum Beispiel beim digitalen Verbraucherschutz. Da spielt sie eine ganz wichtige Rolle, weil sie im Rahmen des Marktwächters Digitale Welt eine zentrale Funktion einnimmt. Da hat sie wirklich einen guten Job gemacht, egal, ob es um Vergleichsportale, um Amazon, um Online-Ticketbörsen oder – verehrte Kolleginnen und Kollegen, aufgepasst! – um Online-Dating-Portale geht; denn hätten Sie gewusst, dass auf zahlreichen Online-Dating-Portalen unter Umständen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter dieser Portale unter Fake-Accounts mit Ihnen flirteten? Das hat die Verbraucherzentrale Bayern 2017 aufgedeckt.

(Zuruf von der SPD: Hört, hört!)

Wir wollen das Prozesskostenbudget für die Verbraucherzentrale weiter erhöhen; denn Abmahnungen und Prozesse gegen unfaire Geschäftspraktiken sind eine wichtige Waffe des Verbraucherschutzes, egal, ob gegen Sky, DHL oder die Deutsche Bahn. Unterstützen Sie das!

Eines will ich noch sagen: Wir treten in diesem Bereich auch für gute und sichere Arbeit, für sichere Jobs und planbare Lebensverhältnisse ein. Deswegen wollen wir mit den zahlreichen befristeten Stellen, zum Beispiel in der Wasserwirtschaft und am Landesamt für Umwelt, endlich Schluss machen.

(Beifall bei der SPD)

Da mir noch etwas Zeit bleibt, möchte ich mich an dieser Stelle bei allen, die in Bayern haupt- oder ehrenamtlich im Naturschutz, im Artenschutz und im Verbraucherschutz arbeiten, herzlich bedanken. Herzlichen Dank für Ihre Arbeit! Wir schätzen das, was Sie machen.

(Beifall bei der SPD)

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Danke schön, Herr Abgeordneter von Brunn. – Als Nächstem erteile ich dem Abgeordneten Christoph Skutella für die FDP-Fraktion das Wort.

Christoph Skutella (FDP): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Der Entwurf des Einzelplans 12 lässt sich am besten mit folgenden Worten zusammenfassen: Die Botschaft hör' ich wohl, allein mir fehlt der Glaube. Die Erhöhungen des Umwelthaushalts, besonders im Naturschutz, in der Umweltbildung und der Luftreinhaltung, sind richtige Ansätze. Wir müssen in den Städten für eine bessere Lebensqualität sorgen und unsere bayerischen Naturlandschaften und Schönheiten für uns und kommende Generationen bewahren.

Die Schwäche dieses Haushalts liegt aber darin, dass Sie nur Ihre Fehler und unzureichenden Maßnahmen der letzten Jahre und Legislaturperioden ausgleichen wollen. Jahrelang wurden die Themen Umwelt- und Naturschutz stiefmütterlich behandelt. Nun, da sich der gesellschaftliche Zeitgeist entsprechend ändert, sehen Sie sich in der Not, auf den grünen Zug aufzuspringen. Diesen grünen Anstrich gibt sich die Staatsregierung doch nur aus Angst vor anderen Parteien und einer möglichen Klatsche beim Volksentscheid im Herbst. Das Motto "Rettet die Bienen" mutierte in den letzten Wochen immer deutlicher zum CSU-Slogan: Rettet den Söder!

Aus umweltpolitischer Sicht kann man nur hoffen, dass der aktuelle Fokus auf die Umweltpolitik nachhaltig gestaltet wird und in den kommenden Jahren den Versprechungen auch Taten folgen werden. Denn genau diese Taten sehen wir noch nicht. Im Rahmen der aktuellen Diskussion betreffend den Schutz der Artenvielfalt wurden bereits große Ankündigungen gemacht und Ausgaben um 70 Millionen Euro in den Raum gestellt; auch die Liste der geplanten Maßnahmen und Vorschriften ist lang.

Wenn wir ehrlich sind, haben wir bis heute aber nicht gesehen, in welche Maßnahmen in welcher Höhe die angekündigten Mittel fließen sollen. Vor allem ist die Realisierung der Maßnahmen im Landwirtschaftshaushalt immer mit dem Vorbehalt versehen, dass überhaupt genügend Haushaltsmittel zur Verfügung stehen, und das lässt die angekündigten Maßnahmen in einem anderen Licht erscheinen.

Da Sie mit dem Gesamthaushalt eh schon etwas an der Wand stehen, ist es fraglich, ob der Umwelthaushalt in Zeiten einer schwächelnden Wirtschaft noch die Bedeutung bekommt, die er aktuell genießt, oder ob die nun erhöhten Mittel gleich wieder eingespart werden. Man darf gespannt sein, wie der Nachtragshaushalt Ende des Jahres gestaltet wird und wie sich die einzelnen Projekte und Maßnahmen dabei entwickeln.

Da ein nicht unwesentlicher Teil unseres Haushalts in die Forschung fließt, lassen Sie mich noch eines sagen: Gehen Sie bitte nicht den Irrweg, nur im Bereich des Ökolandbaus forschen zu wollen! Diese Wirrungen sind sowohl für die Produktivität als auch aus Sicht des Naturschutzes kontraproduktiv. Auch ein Ökobauer kann schlecht mit seinen Feldern umgehen, und ein konventioneller Landwirt kann viel zum Artenschutz beitragen. Wir müssen endlich die Schwarz-Weiß-Malerei zwischen konventioneller und ökologischer Landwirtschaft überwinden.

(Beifall bei der FDP)

Ein weiteres Gebiet, an dem man die kopflose Politik der Regierungsparteien sieht, ist die Verbesserung des Tierschutzes. Hier stellen Sie sage und schreibe 125.000 Euro in den Haushalt ein, wobei 100.000 Euro für Tierschutzpreise und der Rest für Veranstaltungskosten und den Tierschutzbeirat vorgesehen sind. Viel Geld für echten Tierschutz bleibt hier nicht mehr übrig.

(Beifall bei der FDP)

Zudem schreien die bayerischen Tierschutzheime massiv nach Hilfe. Die Heime befinden sich teilweise in einem katastrophalen Zustand. Mittlerweile beläuft sich der Investitionsstau bei den Tierheimen auf eine mittlere zweistellige Millionensumme. Die Staatsregierung will hier Abhilfe schaffen und stellt allen Tierheimen Bayerns 700.000 Euro für Sanierungs- und Baumaßnahmen zur Verfügung. Bei diesem Tropfen auf den heißen Stein von einer wesentlichen Verbesserung des Tierwohls zu sprechen, ist, gelinde gesagt, ein Witz.

(Beifall bei der FDP)

Zumindest beim Verbraucherschutz ist zu attestieren, dass Sie sich im Rahmen der Verbraucherbildung dafür einsetzen, ein gleichwertiges Netz an Stützpunkten aufzubauen und den ländlichen Raum einzubeziehen, damit jede Region Bayerns gleichwertig die Möglichkeit bekommt, sich angemessen über den Verbraucherschutz zu informieren.

Meine Damen und Herren, bitte gehen Sie mit dem Haushalt verantwortungsvoller um als mit Ihrem Koalitionsvertrag, den Sie schon nach einem halben Jahr nicht mehr respektiert haben, wie Ihre Ablehnung zur Ausweitung des europäischen Emissionshandels im Umweltausschuss gezeigt hat.

Uns geht es im Gegensatz zu anderen Parteien dieses Hohen Hauses nicht darum, für einen aufgeblähten Haushalt noch mehr Gelder zu fordern oder Rücklagen anzuzapfen, sondern es gilt, die vorhandenen Mittel sinnvoll und effizient einzusetzen. Verfolgen Sie durchaus die guten Ansätze dieses Haushalts weiter, lassen Sie die schlechten sein, und bauen Sie sinnvolle neue ein!

(Beifall bei der FDP)

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Danke sehr, Herr Abgeordneter Skutella. – Als nächstem Redner erteile ich für die CSU-Fraktion dem Abgeordneten Eric Beißwenger das Wort.

Eric Beißwenger (CSU): Sehr geehrter Herr Präsident, Herr Staatsminister, liebe Kollegen! Bayern mit all seinen natürlichen Lebensgrundlagen für künftige Generationen zu schützen und zu bewahren, muss unser Ziel sein. Ich glaube, in diesem Punkt sind wir uns alle einig.

Der Natur- und Artenschutz geht uns alle an. Beides ist für uns von besonderer Bedeutung. Daher soll nun das Gesetz der Regierungsfaktionen Artenschutz und Um-

weltschutz sowie Landwirtschaft miteinander in Einklang bringen und vor allem Natur- und Artenschutz nachhaltig verbessern.

Über diesen Gesetzentwurf hinaus sollen zudem weitere Initiativen entwickelt werden, die den Natur-, Arten- und Klimaschutz deutlich voranbringen. Klar ist auch, dass hier das Engagement aller – Kommunen, Wirtschaft und Verbänden sowie Bürgern – gefragt ist. Der Freistaat wird dabei mit gutem Beispiel vorangehen, sodass am Ende ein Generationenvertrag steht, der von Staat und Gesellschaft gemeinsam getragen wird und Bayern zum Vorreiter beim Naturschutz in Deutschland macht.

Umwelt- und Naturschutz sowie die heimische landwirtschaftliche Produktion wie auch die nachhaltige Forstwirtschaft haben in Bayern einen sehr hohen gleichrangigen Stellenwert und tragen maßgeblich zum Erhalt und zur Pflege des bayerischen Landschaftsbildes bei.

(Beifall bei der CSU)

Das war, ist und bleibt der Grundpfeiler unserer Politik. Wir werden diesen Weg auch in Zukunft konsequent weitergehen und dabei auch die bisherigen Erfahrungen zum Wohle von Natur und Landwirtschaft einfließen lassen.

Dieser Haushaltsplan 2019/2020 ist ein starkes Signal. Unser oberstes Ziel ist jetzt, die Haushaltsmittel im Sinne der Bürger sinnvoll einzusetzen, um messbare Ergebnisse zu erzielen. Ein Beispiel für diesen Einsatz sind die Biodiversitätsstrategie sowie das Biodiversitätsprogramm Bayern 2030. Beide Strategien wurden von der Staatsregierung beschlossen und zeigen auf, wie mithilfe eines kooperativen Ansatzes die Vielfalt in unserem Lande erhalten werden kann.

Liebe Kollegen, wir sind uns der Verantwortung für den Erhalt der Vielfalt der Lebensräume von Tieren und Pflanzen sowie auch der Erholungsqualität unserer bayerischen Landschaft bewusst, deshalb haben wir in Bayern ein deutliches Plus für den Naturschutz und vor allem für die Landschaftspflege im Haushalt eingeplant. Allein für die

Stärkung der Naturparke mit Rangern, die neuen Informationszentren für Umweltbildung, die Landschaftspflege und Naturtourismusprojekte sowie den Schutz der Moore werden zusätzlich 30 Millionen Euro bereitgestellt.

Eines möchte ich in diesem Zusammenhang noch erwähnen: Die 62 Landschaftspflegeverbände sind wichtige Partner für uns. Die Förderung der Landschaftspflege flankiert effektiv den Vertragsnaturschutz durch investive Maßnahmen, und die Landschaftspflegeverbände sind wichtige Bindeglieder zwischen Landwirtschaft und Naturschutz. Im Rahmen der Umsetzung der Landschaftspflege- und der Naturparke-Richtlinien wurden landesweit in den letzten Jahren durchschnittlich 2.500 Maßnahmen durchgeführt bei einem Mittelvolumen von rund 15 Millionen Euro. Liebe Kollegen, wir haben ein starkes Naturschutzprogramm und das deutschlandweit einzigartige Kulturlandschaftsprogramm, an dem aktuell fast jeder zweite Landwirt teilnimmt. Fast ein Drittel der landwirtschaftlichen Flächen Bayerns stehen unter Vertrag. Kein anderes Bundesland gibt so viel für Ausgleichsmaßnahmen aus wie Bayern. Das Bayerische Vertragsnaturschutzprogramm ist hierbei ein wichtiges Instrument unserer Naturschutzpolitik. 95.000 Hektar werden aktuell bereits umweltschonend bewirtschaftet; bis 2030 soll diese Fläche verdoppelt werden. Dafür investieren wir weitere 11,5 Millionen Euro, und auf unsere Initiative hin werden im Jahre 2019 noch einmal 2,5 Millionen Euro draufgelegt.

Was heißt das effektiv? – Mit den zusätzlichen Haushaltsmitteln können beispielsweise Vertragsneuabschlüsse in größerem Umfang getätigt werden. Das heißt auch, es kann eine Vielzahl weiterer Landwirte mit entsprechenden Maßnahmen in das Programm aufgenommen werden.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, auch Bayern bleibt von den unvermeidlichen Veränderungen durch den Klimawandel nicht verschont. Wir erwarten künftig mehr Extremwetterereignisse, nassere Winter und trockenere Sommer. Das Ausmaß der Herausforderungen, vor denen wir stehen, macht es erforderlich, die Bedeutung des

Klimaschutzes insgesamt bei allen Abwägungsentscheidungen klar zu benennen und weiter zu stärken.

Bayern steht zu seiner Klimaverantwortung. Unser Fraktionsvorsitzender hat das heute bereits erwähnt: In Sachen CO₂-Ausstoß sind wir mit rund sechs Tonnen energiebedingtem CO₂-Ausstoß pro Kopf und Jahr weltweit bei den fortschrittlichsten Industrienationen. Wir haben seit 2008 rund eine Milliarde Euro in den Klimaschutz investiert.

(Zuruf von der CSU: Hört, hört!)

In Anlehnung an das europäische Minderungsziel strebt Bayern bis zum Jahre 2050 an, die Treibhausgasemissionen pro Kopf und Jahr auf weniger als zwei Tonnen zu senken. Dennoch wollen wir mehr für den Klimaschutz tun. Deshalb haben wir bereits 2014 das Klimaschutzprogramm Bayern 2050 beschlossen. Mit diesem Programm hat die Staatsregierung ein umfassendes Maßnahmenprogramm aufgelegt. 2019/2020 stehen für die Umsetzung 231 Millionen Euro zur Verfügung, 42 Millionen Euro mehr als 2017/2018 und sogar 59 Millionen Euro mehr als 2015/2016. Die Haushaltsmittel für Klimaschutz werden also kräftig erhöht.

(Florian von Brunn (SPD): Wo denn?)

Wir machen Bayern klimasicherer. Zum Beispiel stellen wir insgesamt 3,4 Milliarden Euro für den Hochwasserschutz bereit. Die Umsetzung des Hochwasserschutz Aktionsprogramms 2020plus ist zentrales Anliegen der Umweltpolitik.

Aber wir vergessen auch die Umweltbildung nicht. Die Mittel für Umweltbildung werden kräftig erhöht von 4,6 Millionen Euro 2018 auf 6,4 Millionen Euro 2019 und schließlich 11,3 Millionen Euro 2020. Die Zahl der Umweltbildungsstationen in Bayern soll zeitnah erweitert werden. Das Ziel ist mindestens eine Umweltstation pro Landkreis.

Liebe Kollegen, es gäbe noch viele weitere Themen bayerischer Umweltpolitik. Kollege Bachhuber hat ausdrücklich schon sehr viele erwähnt. Angesichts der fortgeschrittenen Zeit möchte ich es dabei belassen und empfehle die Zustimmung zur Haushaltsaufstellung der Staatsregierung im Einzelplan 12.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Herzlichen Dank, Herr Kollege Beißwenger. – Als Nächster hat der Abgeordnete Patrick Friedl für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN das Wort.

Patrick Friedl (GRÜNE): Herr Vizepräsident, liebe Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrter Herr Umweltminister Glauber! Als ich das erste Mal hier stand, habe ich gesagt, der Handlungsbedarf ist enorm. Dies haben die Menschen auch erkannt. Wir sind mitten im Klimawandel und mitten im Artensterben.

(Prof. Dr. Ingo Hahn (AfD): Immer schon!)

Wir erleben jetzt eine hoffnungsmachende, hoffnungstiftende Bewegung von jungen Menschen, die auf die Straße gehen, mit denen Sie dankenswerterweise auch gesprochen haben, und wir haben eine Mut machende Bewegung von Menschen erlebt, die in die Rathäuser gegangen sind. 1,7 Millionen Menschen haben für das Volksbegehren zur Artenvielfalt unterschrieben. Und es gibt einen enormen Zulauf zu den Naturschutzverbänden und den Umweltparteien. Wir haben enorm viele Menschen, die sich ehrenamtlich, und leider viel zu wenige, die sich hauptamtlich für den Naturschutz engagieren können. Der Naturschutz ist in aller Munde und bestimmt die Schlagzeilen. Eine Jahrhundertaufgabe liegt vor uns. Wir müssen den Klima-, Arten- und Naturschutz schaffen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Darin liegt nach meiner Auffassung eine Jahrhundertchance für den Umweltminister in einem der reichsten und stärksten Flächen- und Industrieländer, die Verantwortung

wahrzunehmen, die hier alle schon beschworen haben, nämlich wirklichen Klima- und Umweltschutz zu machen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Sie haben bei der Rede damals hier gesagt, Sie wollen den Artenschutz stoppen, und zwar bis 2023, in dieser Wahlperiode.

(Staatsminister Thorsten Glauber: Artenschwund, nicht den Artenschutz!)

– Den Artenschwund, das Artensterben stoppen, danke.

(Dr. Fabian Mehring (FREIE WÄHLER): Außerdem war das die Rede zur Verfassungsänderung, oder?)

– Nein. – Schauen wir jetzt auf den Doppelhaushalt. Was ist dringend nötig? – Die unteren Naturschutzbehörden sind unterbesetzt. Sie sind überlastet und können ihre Pflichtaufgaben, wie Stellungnahmen zu Bauprojekten, kaum noch wahrnehmen. Das müsste für Sie alle wichtig sein, dass sie Gutachten für Planfeststellungen machen und Natur- und Artenschutz effizient überwachen. Das können die kaum noch; die können kaum noch rausfahren; die sind mit Aufgaben eingedeckt. Und was ist die Folge? – Es ist ein Schaden für die Planungsverfahren. Es ist ein Hemmschuh für die kommunale Entwicklung, und es ist schädlich für die Artenvielfalt. Dank der Volksgesetzgebung und dem Begleitgesetz kommen jetzt zum Glück dringend erforderliche Aufgaben für die Naturschutzbehörden hinzu. Wir haben es gehört: Acht schon zugesagte Stellen kommen jetzt. Wir haben hier hundert weitere beantragt. Das wurde abgelehnt. Wir haben Mittelansätze für Artenschutz beantragt, nämlich für Landschafts- und Pflegehöfe. Das wurde abgelehnt. Wir haben auch mehr Mittel für Umweltbildung, für Umweltstationen beantragt. Das wurde abgelehnt. Es gibt seit dem Volksbegehren einen minimalen Aufwuchs zu Ihrem alten Haushaltsentwurf, als hätte sich kaum etwas getan. Das Meiste, was wir bekommen haben, sind Ankündigungen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Im Juli werden wir ein Gesetz aus dem Volksentscheid beschließen. Wir werden ein Begleitgesetz verabschieden, aber die notwendigen Mittel zur Umsetzung fehlen. Deshalb werden wir dem Umwelthaushalt nicht zustimmen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Aus aktuellem Anlass noch ein Appell, Herr Glauber: Nehmen Sie den Stopp der Biotopkartierungen zurück! Sorgen Sie für mehr Sicherheit und Klarheit beim Umgang mit alten Streuobstflächen, anstatt vor Ort mit dem Kartierungsstopp nur der Unsicherheit Vorschub zu leisten! Ich weise Sie deutlich darauf hin, dass dort, wo Halsbandschnäpper, Wendehals, Steinkauz, Neuntöter und Grünspecht brüten, jetzt schon gesetzlich geschützte Flächen sind. Das hängt nicht mit der Kartierung zusammen. Machen Sie Ihren Job und stoppen Sie die Biotopkartierung –

(Heiterkeit und Beifall des Abgeordneten Prof. Dr. Ingo Hahn (AfD) – Zurufe)

– stoppen Sie die Biotopkartierung nicht! Stoppen Sie den Raubbau an der Natur! Halten Sie Wort und stoppen Sie das Artensterben! Danke fürs Aufpassen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Danke schön, Herr Abgeordneter Friedl. – Als Nächster erteile ich ebenfalls für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN der Abgeordneten Rosi Steinberger das Wort.

(Zuruf von der CSU)

Rosi Steinberger (GRÜNE): Wir haben so viele Leute, die zu diesem Thema gut reden können, darum kommen Sie hier in den Genuss. – Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Im Haushaltsentwurf der Staatsregierung finde ich nichts Neues und vor allem nichts Zukunftsweisendes, nicht im Bereich des Umweltministeriums und auch nicht beim Verbraucherschutz. Dabei ist der Verbraucherschutz für alle Bürgerinnen und Bürger von immenser Wichtigkeit. Ich möchte nur an die Digitalisierung

erinnern. Es gibt neue Herausforderungen. Wie schnell hat man im Internet einen Vertrag abgeschlossen, ohne die AGBs zu lesen. Offen gestanden, ich kenne niemanden, der die seitenlangen AGBs gelesen hat.

(Florian von Brunn (SPD): Doch, Prof. Hahn!)

Gerade deshalb ist eine ordentliche Ausstattung der Verbraucherverbände umso wichtiger.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Denn die Verbraucherverbände beraten uns in diesen Angelegenheiten. Nun hat die Staatsregierung ein Pilotprojekt aufgelegt – der Kollege Bachhuber hat es noch erwähnt –, das sich mit den Herausforderungen der Digitalisierung beschäftigt. Das ist viel Geld, um auszuloten, wo der Schuh drückt. Das hätte man auch billiger haben können, indem man nämlich diejenigen gefragt hätte, die tagtäglich mit diesen Problemen konfrontiert sind: die Verbraucherverbände. Sie können einfach auf die Homepage schauen; dann sehen Sie viele Informationen, was dort tagtäglich schon geleistet wird. Aber wir brauchen eigentlich kein Pilotprojekt. Die Verbände brauchen ausreichende Mittel für Personal, Miete und andere Ausgaben, zum Beispiel die Prozesskosten. Da gibt es echten Handlungsbedarf.

(Beifall bei den GRÜNEN und Abgeordneten der SPD)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Verbraucherverbände sind nur die Spitze des Eisbergs. Im Haushaltsentwurf der Staatsregierung gibt es noch viele weitere Enttäuschungen. Sehr enttäuscht hat uns zum Beispiel die mangelnde Unterstützung der Tierheime. Dabei sollte doch inzwischen jedem klar geworden sein, wie wichtig diese Einrichtungen sind und wie groß der Bedarf bayernweit ist. Diese eine Million Euro, Kollege Bachhuber, ist wirklich nur ein Tropfen auf den heißen Stein.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, man kann noch so viele gute Gesetze erlassen, aber man muss dann auch dafür sorgen, dass sie durchgesetzt werden. Hier haben wir in

Bayern eine Dauerbaustelle. In vielen Bereichen gibt es einfach zu wenig Personal, um den Vollzug zu gewährleisten. Ich möchte nur an das Volksbegehren erinnern; für die Umsetzung dieser Beschlüsse brauchen wir jede Menge neuer Stellen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Kollege Bachhuber, wenn Sie darauf hinweisen, dass es im Haushalt viele neue Stellen gibt – wir haben 78 neue Stellen ausgerechnet –, dann müssen Sie gegenrechnen, wie viele Stellen gestrichen worden sind, nämlich 65. Unter dem Strich schaut das Ganze dann lange nicht mehr so gut aus.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Dieser Mangel betrifft zum Beispiel die unteren Naturschutzbehörden. Kollege Friedl hat es schon gesagt: Bei den Wasserwirtschaftsämtern und den Gewerbeaufsichtsämtern kürzen Sie sogar das Personal. Wie sollen denn die ihre Aufgaben erledigen? – Die Veterinärverwaltungen sind immer noch zu schlecht ausgestattet. Am Landesamt für Gesundheit und Lebensmittelsicherheit herrscht weiter Mangel. Dabei hat der Bayern-Ei-Skandal eines gezeigt: Wir brauchen dringend mehr Personal, und zwar in allen Bereichen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

In diesem Zusammenhang möchte ich auf eine Petition hinweisen, die im letzten Jahr mehr Personal für das Labor des LGL gefordert hat. Diese Petition wurde vom Umweltausschuss mit dem Votum "Würdigung" an das Umweltministerium weitergeleitet. Es hat aber nichts gefruchtet. Dem Wunsch konnte nicht entsprochen werden, hat Umweltminister Glauber uns vor Kurzem mitgeteilt. Ich stelle fest, Herr Kollege Bachhuber, wenn Sie sagen, alle Wünsche des Umweltministers wurden erfüllt, dieser Wunsch wurde nicht erfüllt.

Deshalb unser Fazit: Die wirklichen Probleme werden nicht angegangen, die Schwerpunkte falsch gesetzt. Der Umwelt- und Verbraucherschutz hätte mehr verdient als nur Almosen. Mehr gibt der Haushaltsentwurf der Staatsregierung aber leider nicht her.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Danke schön, Frau Abgeordnete Steinberger. – Ich erteile nun dem Staatsminister Thorsten Glauber als Vertreter der Staatsregierung das Wort. Bitte schön.

Staatsminister Thorsten Glauber (Umwelt und Verbraucherschutz): Sehr geehrter Herr Präsident, verehrtes Präsidium, Kolleginnen und Kollegen! Ich danke den Vorrednern der Koalition für das Lob für die Erstellung des Haushalts und für diesen kraftvollen Haushalt. Natürlich will ich auf die Kritik der Opposition eingehen. Es ist eine Zeit großer Herausforderungen. Menschen gehen auf die Straßen. Datenschutz, Artenschutz, Klimaschutz sind berechtigte Belange, die sie antreiben. Wir müssen Antworten finden. Es wurde angesprochen, wir leben in einer Zeit, in der man Themen wie Artensterben und Klimawandel wirklich angehen muss. Ich danke Herrn Kollegen Bachhuber, der dazu die Zahlen genannt hat. Dieser Haushalt ist um über 130 Millionen Euro angewachsen – 130 Millionen Euro! Damit umfasst der Umwelthaushalt zum ersten Mal über 1 Milliarde Euro. Wir haben einen Umwelthaushalt mit einem Volumen von über 1 Milliarde Euro geschaffen, und das zum 50. Geburtstag des Umweltministeriums.

Wenn immer kritisiert und erklärt wird, was man alles besser machen kann, und wenn Herr Kollege von Brunn immer davon spricht, was in Bayern alles nicht läuft, kann ich nur dazu auffordern: Schauen Sie doch einmal in die Länder, in denen Sie Verantwortung tragen! 50 Jahre Umweltministerium! Finden Sie ein Land, in dem Sie regieren, das 50 Jahre Umweltministerium vorweisen kann, 50 Jahre Einsatz für die Umwelt, 50 Jahre Einsatz für den Artenschutz, für die Artenvielfalt, für die Natur? Immer nur Kritik zu üben, ist deutlich zu wenig.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU – Zuruf des Abgeordneten Florian von Brunn (SPD))

Ich danke allen, die sich über 50 Jahre eingebracht haben. Es ist schön, dass man neben dem 50-jährigen Bestehen des Umweltministeriums auch den ersten Nationalpark feiern kann. Wir haben also zwei große Jubiläen im nächsten Jahr.

Die Kritik, der Haushaltsplan 12 würde die falschen Schwerpunkte setzen, können wir aus unserer Sicht klar zurückweisen. Das Umweltministerium hat eine der höchsten Investitionsquoten; sie beträgt über 30 %. Wir haben – das ist angesprochen worden – zu Recht einen Personalanteil von 50 %. Das ist gutes Personal, das wöchentlich für den Umwelt- und den Verbraucherschutz in Bayern einsteht und eine hervorragende Leistung bringt.

Ich danke dem Hohen Haus. Ich danke Ihnen, Kolleginnen und Kollegen, für Ihr Ja zum Umwelt- und Verbraucherschutz, zur Lebensqualität. Und vor allem danke ich Ihnen für Ihre Professionalität und Ihr Herzblut für Umwelt- und Verbraucherschutz. Das sind die großen Themen, die Sicherheit der Menschen als Verbraucher, als Lebensmittelkonsumenten, Schutz der Menschen vor Hochwasser, es geht um die Daseinsvorsorge – das betrifft die Wasserversorgung, die Abwasserentsorgung, die Abfallwirtschaft, den Bodenschutz, die Altlastenbeseitigung –, hinzu kommen der Schutz und Erhalt unserer Natur, unserer Heimat, der Artenvielfalt durch Naturschutz, Landschaftspflege, Klimaanpassung und Klimaschutz.

Es wurde angesprochen, die Steigerungen im Haushalt wären zu gering. Schauen wir doch einmal auf die einzelnen Bereiche. Welche Steigerung ist zu finden? – Beim Klimaschutz haben wir eine klare Steigerung. Sie sagen immer, das sei zu wenig. Hierfür sind aber 70 Millionen Euro für das Umweltministerium zur Verfügung gestellt. Das bedeutet eine Steigerung von über 60 %. Beim Wasserbau haben wir eine Steigerung von 17 %. Beim Natur- und Artenschutz – hierauf bezieht sich einer Ihrer Hauptkritik-

punkte – haben wir eine Steigerung von 30 %. Es ist mir unbegreiflich, wie man hier bei einer Steigerung von 30 % allein in diesem Bereich solche Kritik üben kann.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Es wurde auch mangelndes Geld für den Umgang mit dem Tierschutz und den Tierheimen angesprochen. Vorher gab es dafür gar kein Geld. Jetzt haben wir zum ersten Mal 3,4 Millionen Euro eingestellt. Ich bin deshalb der Meinung, das ist ein klares Signal. Natürlich geht immer mehr. Auch ich möchte gerne mehr. Vorher gab es aber gar nichts. Jetzt aber haben wir damit begonnen. Sie aber kritisieren, dass wir überhaupt begonnen haben. Das ist die andere Art und Weise, wie man mit diesem Thema umgehen kann.

Herausforderungen im Klimaschutz, Stadtklima, Natur. – Wir sind es angegangen: Klimainformationssystem, Klimaforschung an unserer Umweltforschungsstation am Schneefernerhaus, eine Landesagentur für Energie und Klimaschutz. Wir arbeiten gemeinsam an einem Klimaschutzgesetz. Ein bayerisches Klimaschutzgesetz ist gegenüber einer Bundesregelung aber immer nachgelagert. Wir arbeiten aber an einer Regelung. Wir werden als erste eine bayerische Kompensationsplattform schaffen, denn wir wollen nicht irgendwie irgendwo in der Welt kompensieren, nein, wir wollen in Bayern kompensieren, wir wollen ganz real in bayerische Projekte des Arten- und Naturschutzes investieren. Dafür wollen wir eine Kompensationsplattform schaffen.

Wir haben mit der Renaturierung der Moore angefangen. Die Moore sind ein wichtiger CO₂-Speicher. In die Renaturierung werden 6 Millionen Euro investiert. Letzte Woche war ich zum Startschuss des Masterplans Moore im Landkreis Dillingen. Das war ein klares Signal. Wir werden in Kombination von europäischen und bayerischen Mitteln, 2 Millionen Euro investieren. Wir werden mit dem Programm in 30 Jahren über 57.000 Tonnen CO₂ einspeichern. Das ist doch ein klares Signal. Doch auch hierzu gibt es Kritik vonseiten der Opposition. Wir gehen den Moorschutz, wir gehen den Kli-

maschutz an. Ich danke den beiden Regierungsfractionen, dass sie fraktionseigene Mittel beigesteuert haben, um das zu stärken.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Wenn wir über Klimaschutz sprechen, rufe ich auch der Bundesebene zu: Es hilft nicht weiter, den Klimaschutz immer nur an Bayern zu delegieren oder zu fragen, was wir hier in Bayern tun. Herr Kollege von Brunn, schauen Sie sich doch bitte an, was im Koalitionsvertrag auf Bundesebene zum Klimaschutz steht. Darin steht, dass Sie sich für die Gebäudesanierung einsetzen. Das ist Ihnen sicherlich bekannt, denn Sie sind lange genug umweltpolitischer Sprecher: Wenn Sie den Koalitionsvertrag endlich erfüllen würden, den Sie mit der CDU/CSU geschlossen haben, würden mit jedem eingesetzten Euro sieben weitere Euro ausgelöst. Ich rate Ihnen, reden Sie doch einmal mit Ihrem Finanzminister, denn der blockiert das Ganze. Warum Ihr Finanzminister blockiert, ist mir völlig schleierhaft, und für das Klima ist gar nichts gewonnen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Ein Konjunkturpaket, ein Klimapaket ist gut, aber Sie sind offensichtlich nicht willens, dem auf Bundesebene beizutreten. Aber hier stellen Sie sich hin und sagen, die Staatsregierung würde ihre Aufgaben nicht erfüllen. Wir erfüllen unsere Aufgaben. Tun Sie das auf Bundesebene!

(Florian von Brunn (SPD): Dann sagen Sie uns doch mal, wie Sie Ihre Ziele erreichen wollen!)

Zum Natur- und Artenschutz: Mit dem Volksbegehren "Rettet die Bienen" ist in Bayern ein klares Signal für mehr Artenschutz und mehr Artenvielfalt gesetzt worden. Das nehmen wir natürlich auf. Man kann immer Kritik für zu wenig Personal üben. Alle, die mit am Runden Tisch saßen, wissen aber ganz genau, dass es nicht um acht Stellen geht. Ich finde es nicht in Ordnung, dass man sich hier – und das sage ich jetzt in Anführungszeichen – über acht Stellen "auslöst". Es geht vielmehr um 50 neue Stellen,

die durch das Volksbegehren ausgelöst werden. Es geht natürlich um acht Stellen, Sie wissen aber auch, dass man auf Ebene der kommunalen Spitzenverbände mit der Staatsregierung für die nächsten vier Jahre 280 neue Stellen für die Landratsämter und die kreisfreien Städte zugesichert hat. 280 Stellen, viermal 70! – Sie aber sagen, es würden keine Stellen zur Verfügung gestellt. Ein klares Nein an Sie; es werden Stellen zur Verfügung gestellt, und zwar 280 plus 50. Sie hätten sich im Vorfeld nicht einmal getraut, ein solches Signal auch nur einzufordern, Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Wir stehen natürlich zum Vertragsnaturschutz. Wir stehen natürlich, gemeinsam mit unseren Landschaftspflegeverbänden, zur Kulturlandschaftspflege. Ich bin dankbar, dass wir in Zusammenarbeit mit dem Landwirtschaftsministerium in Sachen KULAP stark unterwegs sind. Wir stärken unsere Naturparke und Nationalparke.

Es ist nicht in Ordnung, wenn behauptet wird, wir machten ein bisschen was in den Zentren und damit werde das Thema schon erledigt sein. Sie wissen genau, dass es in der Diskussion darum ging, wie wir es schaffen, Artenschutzprogramme in die Fläche zu bringen. Mir und dem gesamten Ministerium ist es wichtig, dass wir Artenschutzprojekte in ganz Bayern und nicht nur an einer Stelle aufsetzen. Wir werden überall in Bayern Artenschutzprojekte aufsetzen. Die Zentren mit ihrem Fachpersonal sind notwendig, um die Artenschutzprogramme ins Land zu bringen. Deshalb sind die Zentren wichtige Anker für den Artenschutz und die Artenvielfalt in ganz Bayern. Es ist wichtig, dass wir in der Fläche Zentren vorhalten, um genau dieses Thema aufgreifen zu können.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Mein herzlicher Dank geht nochmals an alle, die im Vertragsnaturschutz, in der Landschaftspflege, der Kulturlandschaftspflege, den Landschaftspflegeverbänden und der Umweltbildung tätig sind.

Wenn wir schon über Umweltbildung sprechen: Suchen Sie andere Länder, in denen es 58 Umweltbildungseinrichtungen gibt! Immer zu sagen, das sei zu wenig, ist einfach. Mit 58 Umweltbildungseinrichtungen kann sich Bayern sehen lassen. Damit sind wir im Ländervergleich Spitze und spielen in der Champions League.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Unsere Umweltbildungseinrichtungen sind wertvoller Bestandteil unserer Struktur.

Das Volksbegehren ist schon angesprochen worden. Was bedeutet ein Volksbegehren? – Der Wille, im Rathaus eine Unterschrift zu leisten, ist das eine. Wir sollten aber mit der Umsetzung schon bei uns selbst beginnen. Die Bayerische Staatsregierung wird eine Bundesratsinitiative starten – sie kostet kein Geld –, in Privatgärten den Einsatz von Spritzmitteln zu verbieten.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie bei Abgeordneten der CSU und der GRÜNEN)

Wir wollen nicht, dass eine Berufsgruppe, in diesem Fall die Landwirtschaft, dafür verantwortlich gemacht wird. Am Runden Tisch waren wir uns einig, dass es eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe ist. Es ist Aufgabe der Kirchen, der Gemeinden und Städte sowie der Landwirtschaft. Vor allem müssen wir vor unserer eigenen Haustür beginnen. Das fordere ich auch an dieser Stelle ein. Wer an andere die Forderung adressiert, mehr zu tun, möge bitte bei sich zu Hause beginnen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Nun zu dem Thema Daseinsvorsorge und Lebensmittelsicherheit: Kollege von Brunn, Sie sagen, die Lebensmittelsicherheit werde stiefmütterlich behandelt. Ja, es gab Bayern Ei. Danach ist die KBLV gegründet worden. Sie mögen aus Ihrer Sicht behaupten, es werde nicht geprüft oder es werde zumindest zu wenig getan. Ich würde an Ihrer Stelle versuchen, das Thema von der anderen Seite aus zu betrachten. Viele bayerische Bürger gehen tagtäglich einkaufen und wissen, dass sie in über 99 % der Fälle

ein geprüftes, besonders sicheres Lebensmittel aus Bayern erhalten. Ihre Sichtweise ist, immer nur auf das 1 % oder die 0,8 oder die 0,3 % abzustellen und als das große Problem darzustellen. Einmal darzustellen, dass über 99 % geprüft und geschützt sind, wäre der andere Ansatz. Das wollen Sie aber nicht.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Ich sage Ihnen auch, warum Sie das nicht wollen: weil es viel weniger Spaß macht, das viele Gute darzustellen.

Zu dem Thema Malachitgrün hatten Sie mich in den Dialog gebeten. Ich habe Ihnen zugesichert: Wenn Sie Daten haben wollen, dann bekommen Sie Daten. Sie haben die Daten bekommen. Dann habe ich Ihnen das Angebot gemacht, Aufklärung darüber zu leisten, wie es mit der Gesundheitsgefährdung durch Fische mit 300 Mikrogramm Malachitgrün pro Kilogramm aussieht. Dann habe ich Sie eingeladen, zum LGL zu fahren. Die Türen dort stehen Ihnen offen. Wir schaffen Transparenz, damit Sie informiert werden.

(Zuruf des Abgeordneten Florian von Brunn (SPD))

– Ja, ja, ich habe Sie dann auch persönlich noch eingeladen. Sind Sie gefahren, oder sind Sie nicht gefahren?

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU – Zuruf des Abgeordneten Florian von Brunn (SPD))

Nein, Sie wollten nicht fahren, weil Ihnen diese Transparenz anscheinend nicht wichtig genug ist. Sie äußern hier Kritik. Ganz ehrlich, diesen Schuh ziehe ich mir nicht an. Ihnen ist angeboten worden, sich zu informieren; aber das wollten Sie nicht wahrnehmen. Ich bleibe dabei, dass ich eine solche Art und Weise nicht gelten lasse.

(Florian von Brunn (SPD): Weil Sie nicht die Wahrheit sprechen!)

Verbraucherschutz ist für die Bayerische Staatsregierung ein hohes Gut. Wir werden es hochhalten.

Am Ende möchte ich danken: Ich danke allen Kolleginnen und Kollegen aus dem Kabinett für die gemeinsame Beratung. Ich danke Ihnen, den Kolleginnen und Kollegen Abgeordneten, die die Haushaltsberatungen mit vielen aufmunternden Worten positiv begleitet haben. Danke an die beiden Regierungsfractionen! Ich danke meinen Kolleginnen und Kollegen Mitarbeitern, den 7.700 Mitarbeitern des Umweltministeriums und aller nachgelagerten Behörden, für ihre hervorragende Arbeit in Bayern in Sachen Umwelt- und Verbraucherschutz. Ich danke allen Verbänden und Organisationen, die sich für Umwelt- und Naturschutz in Bayern einsetzen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, Umwelt- und Naturschutz ist ein hoher Wert. Diesen schützen wir gemeinsam, auch für unsere Kinder und die kommenden Generationen.

Ich danke Ihnen, dass Sie diesem starken Signal eines großen Haushaltes zustimmen.

(Anhaltender Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Präsidentin Ilse Aigner: Zu einer Zwischenbemerkung hat sich der Kollege Florian von Brunn gemeldet.

(Alexander König (CSU): Wer sonst?)

Florian von Brunn (SPD): Herr Staatsminister, wenn wir über Erfolg oder Misserfolg beim Klimaschutz reden – das haben Sie geflissentlich vermieden –, dann müssen wir über den Treibhausgasausstoß in Bayern reden. In den Jahren seit 2007 haben bayerische Staatsregierungen keine Reduktion der Emission von Treibhausgasen mehr geschafft. Da noch keine Zahlen für die letzten Jahre veröffentlicht worden sind, wissen wir nicht, ob es irgendeinen Fortschritt gibt. Reden Sie bitte nicht von Erfolgen im Klimaschutz, wenn die Zahlen für Bayern das Gegenteil zeigen und Ihr Versagen bzw. das Versagen der Staatsregierungen der letzten Jahre klar dokumentieren.

(Widerspruch bei der CSU)

Sie reden über den Bund. Der Bund schafft es trotz Zielverfehlung, die Treibhausgasemissionen zu reduzieren; Bayern schafft es nicht.

(Zuruf des Abgeordneten Thomas Kreuzer (CSU))

Wenn Sie hier großspurig verkünden, was Sie angeblich alles in den Klimaschutz investieren, dann würde ich Sie bitten, uns konkret zu sagen, welche Maßnahmen in Bayern mit welchen Mitteln so großartig ausgestattet sein sollen. Wir konnten das im Haushaltsplan nicht entdecken.

(Beifall bei der SPD – Tanja Schorer-Dremel (CSU): Nicht zugehört!)

Präsidentin Ilse Aigner: Herr Staatsminister.

Staatsminister Thorsten Glauber (Umwelt und Verbraucherschutz): Kollege von Brunn, Punkt eins: Wir arbeiten gerade mit den einzelnen Häusern in Bayern an der Ausarbeitung eines Klimaschutzgesetzes. Wir sind gerade einmal sechs Monate in dieser Koalition in der Regierung. Lassen Sie uns doch erst einmal dieses Klimaschutzgesetz erarbeiten.

(Florian von Brunn (SPD): Sie weichen wieder aus!)

Sie sind schon länger in der Verantwortung.

(Lachen bei der SPD – Tobias Reiß (CSU): Gott sei Dank nicht!)

– Sie sind auf Bundesebene länger in der Verantwortung als wir hier in Bayern. – Wenn Sie jetzt damit kommen, was wir alles in Bayern regeln müssten, dann sage ich Ihnen auch dazu gern etwas.

(Florian von Brunn (SPD): Wenn Sie mit dem Finger auf andere zeigen, dann zeigen vier auf Sie zurück!)

Nein, ich habe gerade gesagt, dass wir am Klimaschutzgesetz arbeiten. Nach sechs Monaten fordern Sie von uns Ergebnisse. Wir sind dabei, sie zu erarbeiten. Auf Bundesebene sind Sie länger in der Verantwortung als wir hier.

Wenn man weiß, dass der Sektor Gebäudewärme 60 % der CO₂-Emissionen ausmacht – die Prozesswärme –, Sie dem Thema Gebäudesanierung aber nicht näher treten wollen, dann brauchen Sie mir nicht zu erklären, warum hier angeblich etwas nicht funktioniert.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU – Florian von Brunn (SPD): Die Wahrheit tut weh!)

Sie haben unterschrieben: Der deutsche Steuerzahler wird CO₂-Zertifikate für 2 Milliarden Euro kaufen müssen. Gleichzeitig verweigern Sie sich einem Klimaschutz über die Gebäudesanierung. Ich sage ganz ehrlich, dass ich das Geld lieber in Bayern, in Deutschland investiert hätte, statt Strafzahlungen zu leisten und CO₂-Zertifikate zu kaufen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Präsidentin Ilse Aigner: Herr Staatsminister, es gibt noch eine Zwischenbemerkung von dem Kollegen Paul Knoblach von den GRÜNEN.

Paul Knoblach (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Staatsminister, schön, dass Sie sich noch Zeit für mich nehmen. Ich habe Sie am geordneten Rückzug gehindert; den treten Sie halt nachher an. Wir alle müssen noch ein bisschen aushalten.

Ich will Sie fragen: Halten Sie Ihre Aufstockungen in den verschiedenen Etatbereichen, unter anderem Naturschutz, für ausreichend? Ich schildere Ihnen einen Fall, der für viele Fälle in Bayern exemplarisch ist. Sie dürfen gerne behaupten, das wäre vor Ihrer Zuständigkeit gewesen, aber das wird Ihnen nichts helfen, denn jetzt sind Sie zuständig. Als Beispiel nenne ich die Mainschleife bei Volkach. Die könnte Ihnen be-

kannt sein, vielleicht waren Sie dort schon einmal. Die meisten wissen, wo Volkach liegt.

Staatsminister Thorsten Glauber (Umwelt und Verbraucherschutz): Ja, ist alles gut.

Paul Knoblach (GRÜNE): Die Region ist von Sand- und Kiesgruben durchsetzt. Manche sind 30 Jahre alt oder noch älter. Bis heute gibt es keine Spur von Renaturierung. Ich lade Sie herzlich ein, zu uns zu kommen und sich das anzuschauen. Ich würde mich allen Ernstes darüber freuen.

Ich frage Sie jetzt: Kennen Sie erstens diese Situation, die wir nicht nur in der Region Mainschleife, sondern in vielen anderen Regionen Bayerns auch haben? Es ist eine grobe Vernachlässigung.

Sind Sie, zweitens, wirklich sicher, dass Sie in Zukunft das Personal in den unteren und mittleren Naturschutzbehörden so aufstocken können, dass man endlich diesen Kontrollaufgaben nachkommen kann, dass man nicht nur Pläne schreibt, sondern auch deren Einhaltung kontrolliert?

(Beifall bei den GRÜNEN)

Präsidentin Ilse Aigner: Herr Knoblach, danke schön. – Herr Staatsminister.

Staatsminister Thorsten Glauber (Umwelt und Verbraucherschutz): Danke, Herr Kollege. Ich möchte nicht nur auf die Mainschleife eingehen, denn das Thema Renaturierung und Umgang mit Wasser ist nicht nur ein regionales Thema. Wir haben dort ein dreigliedriges Maßnahmenpaket. Fast ein Drittel aller Investitionen aus dem Haushalt des Umweltministeriums sind für das Wasser vorgesehen. Die Aussage, wir hätten dafür zu wenig Personal, stimmt einfach nicht. Aufgrund der Hochwasserereignisse ist das Personal enorm aufgestockt worden. Wir gehen in drei Stufen vor. Wir renaturieren die Gewässer dritter Ordnung. Bei den Gewässern erster und zweiter Ordnung haben wir zuerst dort begonnen, wo der Schutz vor dem HQ100, der Grundschatz für

die Bürgerinnen und Bürger, nicht auf diesem Level liegt. Unsere Aufgabe ist es, die Bürgerinnen und Bürger zu schützen.

Ich verstehe Ihr Ansinnen. Meine Aufgabe ist es aber zuallererst, Menschen vor Hochwasserereignissen zu schützen. Deswegen werden wir dort beginnen, wo das Schadensereignis am größten war. Dabei gehen wir von oben nach unten vor. Gewässerschutz und Wasserbau ist eine ganz wichtige Aufgabe, die mit viel Geld vom Umweltministerium vorangetrieben wird.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Präsidentin Ilse Aigner: Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. – Die Aussprache ist geschlossen. Wir kommen zur Abstimmung.

Der Abstimmung liegen der Entwurf des Haushaltsplans 2019/2020, Einzelplan 12, die Änderungsanträge auf den Drucksachen 18/642 mit 18/653, 18/712 mit 18/717, 18/797 mit 18/801, 18/803 mit 18/815, 18/860 mit 18/863, 18/916 und 18/917, 18/958 mit 18/965 sowie 18/1034 mit 18/1037 und die Beschlussempfehlung des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen auf der Drucksache 18/1775 zugrunde.

Wir beginnen mit den drei Abstimmungen über die Änderungsanträge der AfD-Fraktion in einfacher Form. Alle drei Änderungsanträge werden vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen zur Ablehnung empfohlen.

Ich beginne mit der Abstimmung zum Änderungsantrag der AfD-Fraktion auf Drucksache 18/715 betreffend "Fachveröffentlichungen". Wer entgegen dem Ausschussvotum dem Änderungsantrag zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das ist die Fraktion der AfD. Wer ist dagegen? – Das ist das restliche Hohe Haus. Enthaltungen? – Stimmenthaltung von Herrn Swoboda (fraktionslos). Der Änderungsantrag ist damit abgelehnt.

Es folgt die Abstimmung über den Änderungsantrag der AfD-Fraktion auf Drucksache 18/861 betreffend "Errichtung einer neuen Umweltbildungseinrichtung im Erweiterungsgebiet Biosphärenreservat Rhön streichen". Wer entgegen dem Ausschussvotum dem Änderungsantrag zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das ist die AfD-Fraktion. Gegenstimmen! – Das gesamte restliche Hohe Haus. Stimmenthaltungen? – Keine. Damit ist der Änderungsantrag auch abgelehnt.

Nun lasse ich noch über den Änderungsantrag der AfD-Fraktion auf Drucksache 18/862 betreffend "Neuer Aufgabenbereich: Bekämpfung invasiver Tier- und Pflanzenarten" abstimmen. Wer entgegen dem Ausschussvotum dem Änderungsantrag zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die AfD-Fraktion und der Kollege Swoboda (fraktionslos). Gegenstimmen! – Das restliche Hohe Haus. Damit ist auch dieser Änderungsantrag abgelehnt.

Es folgt nun die Abstimmung zum Einzelplan 12 selbst. Der Einzelplan 12 wird vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen mit den in der Beschlussempfehlung auf Drucksache 18/1775 genannten Änderungen zur Annahme empfohlen. Wer dem Einzelplan 12 mit den vom federführenden Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen vorgeschlagenen Änderungen seine Zustimmung geben will, den bitte ich, sich vom Platz zu erheben. – Das sind die FREIEN WÄHLER, die CSU und die FDP und der Abgeordnete Plenk (fraktionslos). Wer ist dagegen? – Das sind die AfD, die SPD und die GRÜNEN. Enthaltungen? – Der Kollege Swoboda (fraktionslos). Damit ist der Einzelplan 12 mit den vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen vorgeschlagenen Änderungen angenommen.

Gemäß § 126 Absatz 6 der Geschäftsordnung gelten zugleich die vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen zur Ablehnung vorgeschlagenen Änderungsanträge als erledigt. Eine Liste dieser Änderungsanträge liegt Ihnen vor.

(Siehe Anlage 14)

Außerdem schlägt der Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen noch folgende Beschlussfassung vor:

Das Staatsministerium der Finanzen und für Heimat wird ermächtigt, die erforderlichen Berichtigungen in den Erläuterungen, der Übersicht über die Verpflichtungsermächtigungen und den sonstigen Anlagen beim endgültigen Ausdruck des Einzelplans vorzunehmen.

Wer dem zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die GRÜNEN, die SPD, die FREIEN WÄHLER, die CSU, die FDP und der Kollege Plenk (fraktionslos). Wer ist dagegen? – Keiner. Enthaltungen? – Die AfD und der Kollege Swoboda (fraktionslos).

Unter Bezugnahme auf die Beschlussempfehlung des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen auf Drucksache 18/1775 weise ich darauf hin, dass die Änderungsanträge auf den Drucksachen 18/958 mit 18/965 und 18/1034 mit 18/1037 ihre Erledigung gefunden haben.

Damit ist die Beratung des Einzelplans 12 abgeschlossen.

Der Kollege von Brunn möchte noch eine persönliche Erklärung zur Abstimmung nach § 133 der Geschäftsordnung abgeben.

(Zurufe von der CSU: Muss das sein? – Volkmar Halbleib (SPD): Bitte mehr Respekt vor der Geschäftsordnung!)

Florian von Brunn (SPD): Frau Präsidentin, sehr verehrte Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrter Herr Umweltminister, Sie haben gerade eine Behauptung aufgestellt, die ich in der Form nicht stehenlassen kann und zurückweise. Sie haben mir tatsächlich angeboten, das Bayerische Landesamt für Gesundheit und Lebensmittelsicherheit zu besuchen. Ich habe Ihnen daraufhin gesagt, dass ich mich dafür bedanke, dass ich es aber gut fände, wenn ich alle Kolleginnen und Kollegen aus dem Umweltausschuss mitnehmen könnte. Genau so ist es dann auch im Umweltausschuss betont worden,

dass nämlich Sie den Umweltausschuss – das haben Sie bei Ihrem Besuch dort gesagt – in das Landesamt für Gesundheit und Lebensmittelsicherheit einladen.

Präsidentin Ilse Aigner: Herr Kollege von Brunn, darf ich Sie ganz kurz unterbrechen? – Das ist eine Erklärung zu Ihrem Abstimmungsverhalten und keine Sachdebatte.

(Volkmar Halbleib (SPD): Nein, das ist eine persönliche Erklärung!)

– Nein, zum Abstimmungsverhalten.

(Thomas Kreuzer (CSU): Eine persönliche Erklärung muss er vor der Abstimmung abgeben! – Alexander König (CSU): Wir können ja eine Ältestenratssitzung einberufen, um diese Frage zu klären!)

Florian von Brunn (SPD): Eine persönliche Erklärung!

Präsidentin Ilse Aigner: Zum Abstimmungsverhalten! Sie müssen erklären, warum Sie wie abstimmen. Das ist die Erklärung.

Florian von Brunn (SPD): Dazu komme ich jetzt.

Präsidentin Ilse Aigner: Dazu kommen Sie jetzt. Ich wollte nur darauf hinweisen, dass es keine weitere Debatte mehr geben kann.

Florian von Brunn (SPD): In diesem Punkt ging es um die Frage der Transparenz. Das habe ich in meiner Rede auch kritisiert. Ich muss ganz ehrlich sagen, ich habe es in den vergangenen fünf Jahren weder unter Marcel Huber noch unter Ulrike Scharf erlebt, dass Schriftliche Anfragen und Anfragen zum Plenum in einer derart schlechten Art und Weise beantwortet werden, dass die Transparenz hier vollkommen fehlt und dass ich so viele Anfragen monieren musste. Das hat dazu geführt, dass ich heute aus besonderer Überzeugung diesen Haushalt abgelehnt habe.

(Beifall bei den GRÜNEN – Alexander König (CSU): Das mussten wir jetzt wirklich noch wissen! Eine so wichtige Aussage!)

Präsidentin Ilse Aigner: Wir kommen jetzt zum letzten Tagesordnungspunkt für heute.

Mitteilung

zu Tagesordnungspunkt 14

Aufstellung der im Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen zur Ablehnung empfohlenen Änderungsanträge zu Einzelplan 12

1. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Christian Hierneis u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Keine Stellenmehrung im Ministerium
(Kap. 12 01 Tit. 422 01)
Drs. 18/797
2. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Patrick Friedl u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Durchführung des Freiwilligen Ökologischen Jahres in Bayern
(Kap. 12 02 Tit. 684 01)
Drs. 18/798
3. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Patrick Friedl u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Zuschüsse für die Errichtung und den Betrieb von Umweltstationen
(Kap. 12 02 Tit. 684 74)
Drs. 18/799
4. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Rosi Steinberger u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Förderung der Verbraucheraufklärung
(Kap. 12 03 Tit. 686 01)
Drs. 18/800
5. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Christian Hierneis u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Sonstige Zuweisungen und Zuschüsse, Maßnahmen des Vertragsnaturschutzes, der Landschaftspflege und des Arten- und Biotopschutzes und der Umsetzung der Biodiversitätsstrategie
(Kap. 12 04 Tit. 685 72)
Drs. 18/801
6. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Christian Hierneis u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Landschaftspflege- und Klimaschutzhöfe
(Kap. 12 04 neuer Tit.)
Drs. 18/803
7. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Patrick Friedl u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Zuweisungen für Investitionen an Gemeinden und Gemeindeverbände für Maßnahmen der Klimaanpassung
(Kap. 12 04 neuer Tit.)
Drs. 18/804
8. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Christian Hierneis u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Forschung zu Plastik und Mikroplastik in der Umwelt
(Kap. 12 04 neuer Tit.)
Drs. 18/805
9. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Christian Hierneis u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2019/2020;

- hier: Staatliche Beteiligung an laufenden Kosten von Tierheimen sowie Projektförderung gezielter, zeitlich begrenzter Tierschutzmaßnahmen
(Kap. 12 08 Tit. 686 01)
Drs. 18/806
10. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Christian Hierneis u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Investitionszuschuss für Tierheime
(Kap. 12 08 Tit. 893 02)
Drs. 18/807
11. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Christian Hierneis u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Notfallfonds für tierschutzrelevante Großlagen
(Kap. 12 08 neuer Tit.)
Drs. 18/808
12. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Martin Stümpfig u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Zuschuss zum Planungskosten für das Raubtier- und Exotenasyls in Ansbach-Wallersdorf
(Kap. 12 08 neuer Tit.)
Drs. 18/809
13. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Christian Hierneis u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Landesamt für Umwelt – Entgelte der Arbeitnehmer
(Kap. 12 09 Tit. 428 01)
Drs. 18/810
14. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Christian Hierneis u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Bayerisches Artenschutzzentrum – Sonstige Personalausgaben und personalbezogene Sachausgaben
(Kap. 12 09 Tit. 459 84)
Drs. 18/811
15. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Christian Hierneis u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Ausgaben zur Durchführung von speziellen Fachaufgaben des Naturschutzes und der Landschaftspflege: Rote Listen aktualisieren
(Kap. 12 09 Tit. 547 08)
Drs. 18/812
16. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Christian Hierneis u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Untersuchung und Sanierung von Altlasten mit polyfluorierten Tensiden
(Kap. 12 09 neuer Tit.)
Drs. 18/813
17. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Christian Hierneis u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Maßnahmen zur Umsetzung der Wasser-rahmenrichtlinie
(Kap. 12 77 TG 82 neuer Tit.)
Drs. 18/814
18. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Christian Hierneis u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Zuweisungen für Investitionen an Gemeinden und Gemeindeverbände für Maßnahmen zur Umsetzung der Wasserrahmenrichtlinie
(Kap. 12 77 neuer Tit.)
Drs. 18/815
19. Änderungsantrag der Abgeordneten Katrin Ebner-Steiner, Christoph Maier und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Sonstige Veröffentlichungen
(Kap. 12 01 Tit. 531 21)
Drs. 18/712
20. Änderungsantrag der Abgeordneten Katrin Ebner-Steiner, Christoph Maier und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Einholung von Gutachten und Beschaffung von Informationsmaterial
(Kap. 12 04 Tit. 526 75)
Drs. 18/713
21. Änderungsantrag der Abgeordneten Katrin Ebner-Steiner, Christoph Maier und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Fachveröffentlichungen
(Kap. 12 02 Tit. 531 52)
Drs. 18/714
22. Änderungsantrag der Abgeordneten Katrin Ebner-Steiner, Christoph Maier und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2019/2020;

- hier: Fachveröffentlichungen
(Kap. 12 04 Tit. 531 75)
Drs. 18/715
23. Änderungsantrag der Abgeordneten Katrin Ebner-Steiner, Christoph Maier und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Veranstaltungskosten
(Kap. 12 04 Tit. 540 75)
Drs. 18/716
24. Änderungsantrag der Abgeordneten Katrin Ebner-Steiner, Christoph Maier und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Biodiversitätszentrum Rhön streichen
(Kap. 12 16)
Drs. 18/717
25. Änderungsantrag der Abgeordneten Katrin Ebner-Steiner, Christoph Maier und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen
(Kap. 12 01 Tit. 812 01)
Drs. 18/860
26. Änderungsantrag der Abgeordneten Katrin Ebner-Steiner, Christoph Maier und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Errichtung einer neuen Umweltbildungseinrichtung im Erweiterungsgebiet Biosphärenreservat Rhön streichen
(Kap. 12 04 Tit. 710 00)
Drs. 18/861
27. Änderungsantrag der Abgeordneten Katrin Ebner-Steiner, Christoph Maier und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Neuer Aufgabenbereich: Bekämpfung invasiver Tier- und Pflanzenarten
(Kap. 12 09 Tit. 547 84)
Drs. 18/862
28. Änderungsantrag der Abgeordneten Katrin Ebner-Steiner, Christoph Maier und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Ausgabenminderung von Leasingdienstfahrzeugen mit Elektroantrieb
(Kap. 12 12 Tit. 518 18)
Drs. 18/863
29. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Ruth Müller, Florian von Brunn u.a. SPD
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Zusätzliche Finanzmittel für die Verwaltungskosten von Umweltstationen
(Kap. 12 02 Tit. 684 74)
Drs. 18/642
30. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Florian von Brunn, Margit Wild u.a. SPD
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Verstetigung des Prozesskostenbudgets für die Verbraucherschutzorganisationen in Bayern
(Kap. 12 03 Tit. 686 01)
Drs. 18/643
31. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Florian von Brunn, Margit Wild u.a. SPD
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Zusätzliches Personal für die Verbraucherberatung im Wirtschafts-, Telekommunikations- und Finanzsektor
(Kap. 12 03 Tit. 686 01)
Drs. 18/644
32. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Florian von Brunn, Margit Wild u.a. SPD
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Erhöhung der Mittel für Maßnahmen der Landschaftspflege
(Kap. 12 04 Tit. 547 72 und 883 72)
Drs. 18/645
33. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Florian von Brunn, Margit Wild u.a. SPD
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Mittelbereitstellung für eine Potenzial- und Machbarkeitsstudie für einen dritten Nationalpark in Bayern
(Kap. 12 04 TG 71 – 72)
Drs. 18/646

34. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güler, Florian von Brunn, Margit Wild u.a. und Fraktion (SPD)
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Förderung von Bergsteigerdörfern
(Kap. 12 04 neue TG)
Drs. 18/647
35. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güler, Ruth Müller, Martina Fehlner u.a. SPD
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Bayerisches Pilotprojekt zur Förderung des Katzenschutzes und Unterstützung der Tierschutzorganisationen bei besonderen Notsituationen
(Kap. 12 08 Tit. 686 01)
Drs. 18/648
36. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güler, Florian von Brunn, Arif Taşdelen u.a. SPD
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Streichung der Befristung der Stellen am Bayerischen Landesamt für Umwelt
(Kap. 12 09 Stellenplan
Tit. 428 01 und 428 11)
Drs. 18/649
37. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güler, Florian von Brunn, Arif Taşdelen u.a. SPD
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Verbesserung der Personalausstattung beim Bayerischen Landesamt für Gesundheit und Lebensmittelsicherheit durch die Schaffung 35 neuer Stellen
(Kap. 12 23 Tit. 422 01)
Drs. 18/650
38. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güler, Florian von Brunn, Arif Taşdelen u.a. SPD
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Verbesserung der Personalausstattung bei der Kontrollbehörde für Lebensmittelsicherheit und Veterinärwesen durch die Schaffung neun neuer Stellen
(Kap. 12 24 Tit. 422 01)
Drs. 18/651
39. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güler, Ruth Müller, Arif Taşdelen u.a. SPD
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Streichung der Befristung der Stellen an den Wasserwirtschaftsämtern
(Kap. 12 77 Stellenplan Tit. 422 01, 428 70, 428 90, 428 91, 428 92)
Drs. 18/652
40. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güler, Florian von Brunn, Arif Taşdelen u.a. SPD
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Verbesserung der Personalausstattung der bayerischen Wasserwirtschaftsämter durch die Schaffung 17 neuer Stellen
(Kap. 12 77 Tit. 422 01)
Drs. 18/653
41. Änderungsantrag der Abgeordneten Martin Hagen, Dr. Helmut Kaltenhauser, Matthias Fischbach u.a. und Fraktion (FDP)
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Verbesserung des Tierschutzes
(Kap. 12 08 Tit. 536 60)
Drs. 18/916
42. Änderungsantrag der Abgeordneten Martin Hagen, Dr. Helmut Kaltenhauser, Matthias Fischbach u.a. und Fraktion (FDP)
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Staatliche Förderung von Sanierungs- und Baumaßnahmen von Tierheimen
(Kap. 12 08 Titel 893 02)
Drs. 18/917